Nr. 42 — Jahrgang 13 Einzelnummer 0,20 Zl. Dienstag, den 21. Februar 1928

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.14 Zlp. Anzeigen unter Text 0.50 Zlp. von außerhalb 0.60 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 29. 2. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Was wird?

Daß die schlesische Autonomie gewissen Kreisen aus dem Sanierungslager ein Dorn im Auge ist, darüber braucht man sich nicht zu wundern, fürchten sie doch die Kontrolle, die in ihrer Tätigkeit zeitweilig geübt wird. Und so wird die „Gazeta Smrodnia“, das offizielle Regierungsorgan, nicht müde, unter der Adresse des Schlesischen Sejms zu erklären, daß er endlich seine „provokatorische“ Arbeit einstelle, andernfalls mit ihm Schluß gemacht werden muß. Wir unsererseits können nur erklären, daß es wirklich an der Zeit wäre, wenn der schlesische Sejm aufgelöst wird, aber die Neuwahlen würden dann gerade der moralischen Sanation beweisen, wie das oberschlesische Volk über die Tätigkeit des neuen Regierungslagers denkt und es dürfte wohl auch nur die Furcht vor der kommenden deutschen Mehrheit sein, die die moralische Sanation davon abhält, den schlesischen Sejm aufzulösen.

Wir haben zu dem Schreiben des Wojewoden bereits Stellung genommen und die hochlöbliche Polizeidirektion war so liebenswürdig und hat den „Volkswille“ beschlagnahmt, wie das so im Lande mit der besten Demokratie und der freiheitlichsten Verfassung seit dem Maiumsturz üblich ist. Die „Gazeta Smrodnia“ darf lügen und sogar Aufrufe zum Mord veröffentlichen und wird dafür sogar aus den Geldern der Steuerzahler unterhalten und die anderen Blätter, die es wagen, an gewissen Regierungshandlungen Kritik zu üben, haben das zweifelhafte Vergnügen, beschlagnahmt zu werden, wie es besser selbst unter dem zaristischen und auch nicht unter der preußischen Knechtschaft möglich war. Aber wir leben ja im Zeitalter moderner Demokratie, allerdings, wie sie von anderen ausgelegt wird und das Wundern haben wir uns ja inzwischen abgewöhnt. Ein wenig Wahrheit, ist immer eine unangenehme Geschichte, besonders dann, wenn man sich mit den Regierungshandlungen des neuen Kurses befaßt. Und so wird auch das Regierungsorgan schon gestatten müssen, daß wir seinem ganzen Geschreibsel keinen Wert beimessen, sondern uns lediglich auf das bestehende Recht berufen.

Der schlesische Sejm ist ein Bestandteil der schlesischen Autonomie und solange man nicht den Mut hat, sie zu **beseitigen,** wird auch der Sejm bestehen bleiben und solange er besteht, wird er eben das Recht für sich in Anspruch nehmen, an den Regierungshandlungen Kritik zu üben, wenn sie eine solche herausfordere. Dabei bleibt es sich völlig gleich, wer diese Kritik übt, ob es Korfanty oder Szuszik ist. Aber wir sind daran gewöhnt, daß man in Polen den Parlamentarismus mißachtet, aber gerade die moralische Sanation ist es, die sich jetzt so eifrig um Abgeordnetenposten bemüht. Schlesien hat ein Sonderrecht erhalten und man darf sich darum auch im Lager der Sanatoren nicht wundern, daß es von diesem Recht Gebrauch macht. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß die Polizei einfach die stenographischen Berichte beschlagnahmt, sie kann damit aber nie die Wahrheit beseitigen, daß etwas faul ist und daß etwas verborgen werden muß.

Man droht mit der Auflösung des Schlesischen Sejms, wenn er sich Rechte anmaßt, die ihm angeblich nicht zustehen. Der erste Versuch, den Sejm zu übergehen, war die Berichterstattung der Siebner Kommission. Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob diese Kommission notwendig war. Nachdem sie aber da war, mußte man auch ihren Bericht entgegennehmen und doch hat man es in Warschau und auch in der Wojewodschaft vorgezogen, den Sejm auf zwei Monate zu schließen, um den Bericht nicht anhören zu müssen. Und Korfanty, der schlaue Fuchs, verzichtete dann selbst auf den Bericht, nachdem er befürchten mußte, daß der Sejm doch aufgelöst werden könnte, was diesem „Volksbeglücker“ damals nicht in den Kram gepaßt hat. Nun hat er seine Wahlrede vom Stapel gelassen und will sich Wahrheit erzwingen. Daß dies dem Regierungsorgan unangenehm ist, können wir begreifen, aber wenn **keine Ungesetzlichkeit** begangen wird, kann Korfanty daran niemand hindern. Denn die klare Fassung des § 21 der schlesischen Autonomie sagt ausdrücklich, daß der Sejm während der Budgetperiode **weder vertagt, noch aufgelöst werden kann.** Wir glauben gern, daß sich Korfanty gerade dieses Moment herausgesucht hat, um seinem Freunde Grazynski einen Streich zu spielen. Aber der Wojewode hat dem großen Politiker so manches aufgespielt und schließlich beruht doch Freundschaft auf Gegenseitigkeit. Nun werden wir bei der Mittwochsitzung des Sejms erfahren, **was die Regierung plant und wie die Verfassung ausgelegt wird.** Gewiß, es ist schon alles dagewesen und man könnte getrost ausrufen, wir warnen Neugierige! Vielleicht bringt man uns auch interessante Persönlichkeiten in den Zuhörerraum, die so etwas wie eine zweite . . . . bedeuten. Aber darüber brauchen wir uns keine Kopfschmerzen zu machen; fest steht nur, daß auf der kommenden Sitzung des Schlesischen Sejm einige Punkte stehen, die dem Wojewoden weniger angenehm sind. Der Korfantyklub fordert Klarheit und wir wollen wissen, was denn eigentlich der Schlesische Sejm ist und wie man über die Autonomie denkt. Nun es ist so manches aus der Abstimmungszeit in Erfüllung gegangen, allerdings anders, als erwartet wurde und darum wird uns wohl auch die letzte Ueberraschung nicht erspart. Es wird aufgespielt, der Tanz kann beginnen.

—ll.

Sozialistische Mehrheit in Hamburg

Vorläufiges Ergebnis der Bürgerschaftswahlen — Kommunistische Erfolge Rückgang der Deutschnationalen

Hamburg. Das vorläufige amtliche Ergebnis der am Sonntag in Hamburg stattgefundenen Bürgerschaftswahlen ist folgendes:

		(1927)		
Sozialdemokraten	246 630	(247 269)	59	Mandate.
Deutschnationale Volkspartei	94 030	(98 817)	23	„
Kommunistische P. Deutschlands	114 223	(110 232)	27	„
Demokraten	87 522	(65 295)	21	„
Deutsche Volkspartei	85 471	(72 432)	20	„
Zentrum	9 393	(9 774)	2	„
Nationalsozialisten	14 739	(9 754)	3	„
Mittelstandspartei	20 048	(27 163)	4	„
Volksrechtspartei	5 535	(7 762)	1	„
Splitterparteien zusammen	13 862	( )	—	„

Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen betrug 685 954 bei einer Wahlbeteiligung von 80 Prozent.

Die Reaktion will das Wahlrecht einschränken, die Kontrolle der Regierung durch den Sejm beseitigen. Darum wahle die Liste Nr.



Schiedsspruch im mitteldeutschen Metallarbeiterkonflikt

Fünf Pfennig Lohnerhöhung pro Stunde.

Berlin. Die zur Beilegung des mitteldeutschen Metallarbeiterkonfliktes eingesetzte Schlichtungskammer fällte Sonnabend unter Vorsitz des Schlichters, Ministerialrat Dr. Hauschild, einen Schiedsspruch, der vom Tag der Wiederaufnahme der Arbeit eine Erhöhung von fünf Pfennigen pro Stunde vorsieht, und zwar für alle drei mitteldeutschen Tarifgebiete soll eine besondere Regelung wegen der Sicherung der Leistungszulage getroffen werden. Der Streik bezw. die Aussperrung soll nicht als Arbeitsunterbrechung angesehen werden und außerdem dürfen keine Maßregelungen der am Streik beteiligten Metallarbeiter vorgenommen werden. Zu diesem Schiedsspruch der gegenüber dem am 12. Januar ergangenen Spruch des Magdeburger Schlichters eine Erhöhung der Löhne um weitere zwei Pfennig vorsieht, müssen sich die Parteien bis Montag den 20. Februar, 12 Uhr mittags, erklärt haben.

Die mitteldeutschen Metallarbeiter haben bereits zu Montag Vormittag eine weitere Konferenz der Funktionäre aus den Streik- und Absperrungsgebieten nach Halle einberufen, um zu dem Schiedsspruch Stellung zu nehmen. Auch die mitteldeutschen Metallindustriellen treten am Montag Vormittag zusammen, um ihre Erklärung abzugeben. Der Schiedsspruch kann unter Umständen vom Reichsarbeitsminister innerhalb 24 Stunden für verbindlich erklärt werden.

Paul Boncour nach Genf abgereist

Paris. Das französische Mitglied des Genfer Sicherheitskomitees, Paul Boncour, ist Sonntag abend zur Teilnahme an den Beratungen des Komitees nach Genf abgereist.

Indische Entrüstung über Lord Birkenhaed

Verschärfte Boykottbewegung gegen England

London. Die Situation in Indien hat sich bedeutend verschlechtert. Während kurz nach Ankunft der englischen Verfassungskommission ein gewisser Erfolg der englischen Bemühungen zu verzeichnen war, die Erregung im Lande zu dämpfen, ist vorwiegend durch die letzte Rede Lord Birkenhaeds in Doncaster eine neue, ungünstige Wendung eingetreten. Die Annahme der Boykottresolution in der gesetzgebenden Versammlung wäre vielleicht auch ohne diese Rede erfolgt. Aber diese Entschließung gewinnt erst in Gemeinschaft mit der allgemeinen Erregung über die Rede Lord Birkenhaeds ihre große politische Bedeutung. Im Augenblick ist noch unklar, aus welchen Gründen die in ziemlich offenem Gegensatz zu den Ausgleichsbestrebungen auch der englischen Verfassungskommission in Indien stehende Rede Lord Birkenhaeds als Beweis dafür angesehen wird, daß England nur zu Scheinkonzessionen bereit ist und seine wirkliche Haltung sich um nichts geändert hat.

Die kürzliche Rede Lord Birkenhaeds in Doncaster hat nach den letzten Berichten in allen Kreisen Indiens einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Die Organe aller politischen Parteirichtungen kritisieren die Rede in überaus scharfer Form. Die nationalistischen Blätter erklären, daß nach dieser Rede nur diejenigen, die jeden patriotischen Gefühls bar sind, jetzt noch mit der Kommission zu tun haben könnten. Lord Birkenhaed habe die Brücken hinter sich endgültig abgebrochen. Die gestrige Annahme der Boykottresolution im Plenum der gesetzgebenden Versammlung mit einer Mehrheit von sechs Stimmen war von einem schweren Zwischenfall begleitet. Nach Bekanntwerden des Resultates wurde von der Pressetribüne ein kleiner Lederkoffer Sir Basil Blackett an den Kopf geworfen, worauf er bewußtlos zusammenbrach. Der Koffer war, wie sich herausstellte, von einem Vertreter der „Hindustan Times“ geworfen worden, der dabei ausgerufen hatte: „Dies ist meine Antwort an Lord Birkenhaed“. Der Pressevertreter wurde sofort verhaftet. Aber nach Zahlung von 2000 Rupien vorläufig wieder freigelassen. Die Verletzungen Sir Blacketts sind nicht ernster Natur.

Zerstörung der Schmuggelwaffen

Wien. Nach einer Meldung der „Arbeiterzeitung“ wurden Sonnabend in Szent Gotthardt die geschmuggelten Waffen vernichtet. 20 Arbeiter luden die Waffen aus den Wagen aus, zerschlugen sie auf zwei bereitgestellten Ambossen und machten die Gewehrläufe mit sechs autogenen Schweißapparaten unbrauchbar. Die Arbeiten standen unter Aufsicht einer Kommission von jugoslavischen, tschechoslovakischen, rumänischen und österreichischen Offizieren sowie eines Vertreters des Völkerbundes. Die Zerstörungsarbeiten wurden von einem Kino-Operateur aufgenommen.

Aussperrung der Metallarbeiter in Breslau

Breslau. Gemäß dem Vorgehen des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller hat auch der Verband schlesischer Metallindustrieller die Aussperrung der Arbeiterschaft beschlossen. In den dem Verband angeschlossenen Breslauer Betrieben ist durch Anschlag bekannt gemacht worden, daß das Arbeitsverhältnis am 22. Februar mit Arbeitsschluß beendet ist. In Breslau allein werden von der Aussperrung etwa 10 000 Arbeiter betroffen.

Sir William Tyrrell, der Freund Frankreichs

Paris. Die Ernennung Sir William Tyrrells zum englischen Botschafter in Paris wird von der gesamten französischen Presse mit großer Befriedigung begrüßt. Tyrrell wird als unerschütterlicher Verteidiger der französisch-englischen Entente gefeiert und die Hoffnung ausgesprochen, daß es seinen Bemühungen gelingen werde, verschiedene, zwischen England und Frankreich schwebende heikle Fragen zu lösen, die die notwendige Harmonie zwischen den beiden Ländern zu stören drohten. Die Liebe Sir William Tyrrells für Frankreich, schreibt der offiziöse „Petit Parisien“, ist ebenso bekannt, wie seine Treue zur englisch-französischen Entente cordiale. Die Ernennung Tyrrells erklärte der katholische militaristische „Goulois“, ist ein Anzeichen dafür, daß die Regierung von London fest entschlossen ist, das Programm der engen Union mit Frankreich durchzuführen, zumindestens in den wesentlichen Punkten seiner kontinentalen Politik. Es sei zu erwarten, daß Sir William Tyrrell dank, seiner Erfahrung und seiner Autorität die Lösung gewisser, delikater Probleme gelingen werde.

Der Cavell-Film

London, im Februar.

Seit Monaten war in England bekannt, daß eine führende britische Gesellschaft einen Film drehte, der das Schicksal der britischen Krankenschwester Edith Louisa Cavell zum Gegenstand hat. Miß Cavell, aus Swardestone in Norfolk gebürtig, war seit 1907 in Brüssel. Das Berkandael-Institut, an dem sie beschäftigt war, wurde nach Ausbruch der Feindseligkeiten in ein Rotes-Kreuz-Spital umgewandelt. Von November 1914 bis Juli 1915 wurden verwundete und versprengte englische und französische Soldaten vom Prinzen Reginald de Croy vor den Deutschen auf seinem Schlosse in der Nähe von Mons verborgen gehalten. Von dort wurden sie heimlich nach Schwester Cavells Haus in Brüssel gebracht und mit Hilfe von Philipp Baucq über die holländische Grenze geschmuggelt. Miß Cavell wurde am 5. August verhaftet. Im Verhör gab sie zu, zweihundert Franzosen, Belgiern, und Engländern Unterschlupf gewährt zu haben und bei ihrer Flucht behilflich gewesen zu sein. Am 9. Oktober 1915 wurde sie von einem deutschen Kriegsgericht zum Tode verurteilt und trotz der Intervention des amerikanischen Gesandten in Brüssel und dem Versuch des deutschen Auswärtigen Amtes die Hinrichtung zu verhindern, standrechtlich erschossen.

Der Tod Miß Cavells hat in der angelsächsischen Welt ungeheure Erregung hervorgerufen. Ihre Erschießung verletzte mehr noch als später die Torpedierung der „Lusitania", das starke Gefühl der Angelsachsen für Ritterlichkeit, das man außerhalb Englands und Amerikas kaum verstehen kann. „Nurse Cavell" (Schwester Cavell) wurde zum Symbol für alles, was man an den Deutschen hassenswert fand, der Fall Cavell löste die Greuellegenden von abgehackten Kinderhänden und geschändeten Frauen ab. Keine Kriegserinnerung hat sich im Bewußtsein Großbritanniens tiefer eingetreffen als die Legende von der heroischen Patriotin Cavell.

So gesehen, wird der Film „Dawn" (Morgenrot), der das Schicksal der Schwester Cavell darstellt, zu einem Politikum. Er bringt mit einem Schlage wieder Erinnerungen zum Leben die die auf Frieden gerichtete deutsche Außenpolitik schon fast gebannt hatte. Herr Wilcox, der Regisseur des Films, behauptet, daß die Kritik an seinem Unternehmen von falschen Voraussetzungen ausgehe. Der Film sei in seiner Grundeinstellung durchaus pazifistisch, sonst hätte die berühmte englische Tragödin Sybil Thorndike eine ausgesprochene Pazifistin, niemals die Rolle der Cavell übernommen. „Man wird dies erst beurteilen können, bis der Film der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden wird", sagt Wilcox. Aber selbst angenommen, der Film stelle die Deutschen nicht schwarz und die Alliierten nicht weiß dar, selbst dann wird man das Unternehmen nicht billigen können. Wie immer der Film gewollt sein mag, er muß die alte Wunde neu aufreißen. Selbst wenn er den Fall Cavell in einem für die deutschen Eroberer Belgiens milderen Licht erscheinen lassen sollte, als es Kriegspsychose und Kriegspropaganda taten — er erinnert die Welt, die sich nach Frieden sehnt, an eines der dunkelsten Kapitel des deutschen Militarismus und muß antideutsche Gefühle wachrufen.

Zwei Nebenfragen sind im Verlauf der Diskussion um den Cavell-Film aufgeworfen worden, die politischen Hintergrund haben. Die erste bezieht sich auf die Vorgänge bei der Erschießung. Der britische Filmregisseur, der alles Material studiert hat, behauptet, daß Miß Cavell vor der Exekution ohnmächtig zusammengesunken und dann von dem kommandierenden Offizier erschossen worden sei. Diesem Vorfall sei die Weigerung des Soldaten Rammler vorausgegangen, die Waffe gegen Miß Cavell zu gebrauchen. Rammler sei deshalb wegen Meuterei standrechtlich hingerichtet worden. Demgegenüber wird von deutscher amtlicher Seite erklärt, daß die Exekution ohne Zwischenfall verlaufen sei und die zur Hinrichtung kommandierten Soldaten auf Befehl gefeuert hatten. Wahrscheinlich ist der eine oder andre der zur Erschießung kommandierten Soldaten noch am Leben und die Wahrheit müßte sich ohne besondere Schwierigkeiten feststellen lassen.

Nach einer weiteren Mitteilung des englischen Regisseurs, die auch durch einen Brief des deutschen Botschafters an die „Daily News" bestätigt wird, ist ein Mitglied der deutschen Botschaft bereits vor der öffentlichen Diskussion über diesen Film privat an den Filmregisseur mit dem Ersuchen herangetreten, den Namen eines ehemaligen deutschen Diplomaten, der gegen die standrechtliche Erschießung eingetreten ist, im Film nicht zu erwähnen. Es ist wirklich nicht einzusehen, warum man amtliche Unterstützung dazu hergegeben hat, diesen versöhnenden Zug aus dem düsteren Bilde zu tilgen. Auch dieser Vorfall erweckt den Eindruck, daß man noch heute in Deutschland rückwirkend den deutschen Militarismus zu decken wünscht.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so wird der deutsche Protest gegen den Film unwirksam bleiben. Die Dinge sind zu weit fortgeschritten, zu viele materielle Interessen stehen auf dem Spiel und die Oeffentlichkeit ist durch diese politische Diskussion auf den Film zu neugierig geworden, als daß auf einen Erfolg des Protests gehofft werden kann. Zwar hat sich Chamberlain gegen den Film ausgesprochen, aber es ist wahrscheinlich rein rechtlich nicht möglich, die Aufführung zu verhindern, nachdem man die Herstellung nicht gehindert hat. Denn nur die ständigen Kinotheater unterstehen der Zensur, der Film kann in einem der anderen Theater, die nicht durch Konzessionen beschränkt sind, aufgeführt werden. Eine sentimentale Sensation mit nationalistischem Beigeschmack und — ein gutes Geschäft: das wird der Film von der Märtyrerin Cavell sein, die stets aufopfernd auch deutsche Verwundete gepflegt hat und kurz vor ihrem Tode das schöne Wort sprach: „Patriotismus ist nicht genug, man darf weder Haß noch Erbitterung gegen seine Feinde im Herzen tragen."

Reichstagsvertagung bis zum 27. Februar

Auflösung 31. März?

Berlin. Die Sonnabend-Nachmittag-Sitzung des Reichstages wurde um 18¼ Uhr eröffnet. Der Präsident teilte mit, daß eine Mehrheit von Parteien sich auf die geschäftsmäßige Erledigung der Arbeiten des Reichstages bis zum 31. März geeinigt habe. Ueber die Einzelheiten des Arbeitsprogrammes werde die Regierung in der nächsten Sitzung des Reichstages genauere Mitteilungen machen. Der Präsident schlug die Vertagung vor und beantragte, die nächste Sitzung am Montag, den 27. Februar abzuhalten, mit der Tagesordnung: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Abg. Müller-Franken (Soz.) hielt es für notwendig, baldmöglichst Klarheit über das Arbeitsprogramm zu schaffen. Die Sozialdemokratische Fraktion werde zwar dem Etat nicht zustimmen, aber doch der Erledigung keine besonderen Schwierigkeiten bereiten. Sie wünsche ferner die Erledigung des Liquidationsschädengesetzes und behalte sich im übrigen freie Hand vor, insbesondere gegenüber dem landwirtschaftlichen Programm. Abg. Koch-Weser (Dem.) erklärte sich zur Mitarbeit bereit. Die Kommunisten forderten eine sofortige Erklärung der Reichsregierung. Der Reichstag trat aber dem Vorschlag des Präsidenten bei, so daß die nächste Sitzung am 27. Februar stattfindet.

Rußland vor einer neuen Krise

Warenmangel — Hungersnot.

Moskau. Der Warenmangel in Moskau hat die Regierung zu außerordentlich einschneidenden Verordnungen veranlaßt. So werden von heute ab Butter, Seife, Tee, Makkaroni und Eier nur noch in normierten Rationen ausgegeben, wobei die Mitglieder der Genossenschaften die doppelte Ration als die sonstigen Bürger erhalten. Stoffe, Wollwaren, Kleidung, Reis und Kartoffelmehl wird überhaupt nur noch an die Genossenschaftsmitglieder abgegeben. Der Bezug dieser Dinge ist für die übrige Bevölkerung völlig gesperrt.

Gleichzeitig finden bei den Moskauer Finanz- und Handelsstellen Besprechungen über eine neue Verordnung statt, die das völlige Verbot jeglicher Einfuhr von Tschervonzennoten in die Sowjetunion bringen wird. Die Verordnung wird für die allernächste Zeit erwartet. Eine derartig resolute Maßnahme wird, natürlich, von allen anderen Wirkungen abgesehen, von außerordentlicher Bedeutung auch für die in Rußland arbeitenden ausländischen Konzessionäre sein. Die Maßnahme bezweckt die verstärkte Einfuhr ausländischer Valuten nach Rußland durch Unterbindung des Ankaufs von Tscherwonzen im Auslande und hält diesen Zweck für wichtig genug, um eine mögliche politisch ungünstige Wirkung in Kauf zu nehmen.

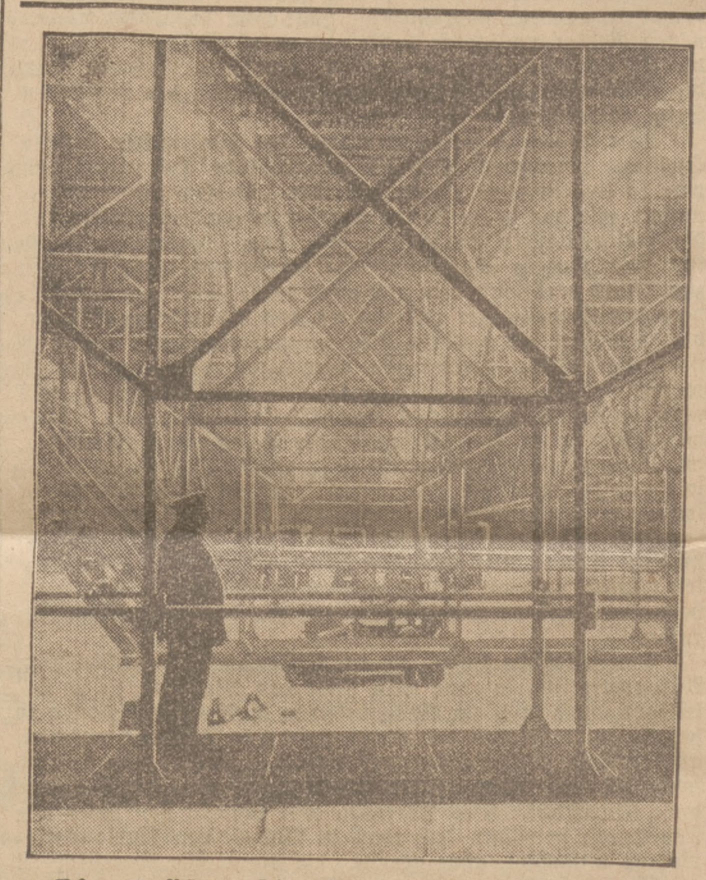
Aus Moskau wird gemeldet, daß die Lebensmittelkrise sich weiter verschärft. Partei und Regierung haben bisher noch keinen Ausweg aus der Lage gefunden, da die Großbauern, die Direktiven der Partei und der Regierung sabottieren, sowohl hinsichtlich der Getreidebereitstellungen als auch der Lebensmittelbeschaffung. Das Politische Büro vermerkt in der „Prawda", daß eine Aenderung des Kurses gegenüber der Bauernschaft nicht in Frage komme. Die s. Zt. in Aussicht genommenen Projekte eines Waffenstillstandes zwischen Partei und Bauern sind fallen gelassen worden. Gestern wurden in Moskau Gerüchte über bevorstehende Personalveränderungen in den Kommissariaten verbreitet. Sie haben bisher jedoch keine Bestätigung gefunden.

Tirol gegen die Seipelrede

Innsbruck. Die Antwort des Bundeskanzlers Dr. Seipel in der Frage der italienischen Uebergriffe gegen österreichische Staatsangehörige in Südtirol hat in der Tiroler Presse eine ablehnende Aufnahme gefunden. Es wird verlangt, daß die Erklärung Dr. Seipels im österreichischen Nationalrat und insbesondere im Tiroler Landtag zum Gegenstand eines Protestes gemacht werde, da der Standpunkt des Bundeskanzlers, das in der Südtiroler Frage nichts zu machen sei, als unwürdig empfunden werden müsse.

Kommunistische Verschwörung in Portugal?

Paris. Wie aus Lissabon gemeldet wird, hat die portugiesische Polizei in Barrereira am Tajo, südöstlich von Lissabon, eine bedeutende kommunistische Verschwörerorganisation aufgedeckt. Ein ausgedehntes Waffenlager wurde beschlagnahmt und etwa 20 Personen verhaftet. Weitere Verhaftungen sollen bevorstehen.



Die größte Autobushalle der Welt

Die neue Großgarage der Aboag, Berlin.

Die ferne Frau

Roman von Paul Rosenhayn.

45)

„Ich muß noch einmal fragen", sagt Ove lächelnd; „halten Sie das alles für einen Zufall?"

„Hm", erwidert Norinaga unruhig. „Es wäre natürlich möglich, daß auch dieser Ueberfall auf Ma Li Yangs Besitztum von irgendeiner Seite arrangiert wäre."

„Ja", nickte Ove. „Es wäre aber auch möglich, daß dieser Ueberfall fingiert ist und daß irgendein Vertrauensmann dieses Telegramm in Taurin aufgegeben hat, in der Absicht, Ma Li Yang von hier fortzubringen."

Noringa bleibt betroffen stehen; in seinen Augen glimmt es auf. „Wer sollte eine solche Anweisung gegeben haben? Der einzige wäre Bantam. Und der kann von Paris aus die Einzelheiten dieser Kampagne nicht übersehen."

Ove zuckte die Achseln. „Wenn ich nicht irre, hat Bantam einen Bevollmächtigten nach der Mongolei geschickt."

Norinaga kneift die Lider zusammen, als ob er in der Ferne einen geheimnisvollen und beunruhigenden Schatten sähe. „Wie sagte der Mongole? Die Transbaikalier führen Maschinengewehre mit sich? Auch das ist eine Anordnung, die bestimmt nicht von Bantam kommt. Denn sie entscheidet mit einem Schlage zugunsten des Bahnbaues. Das zweite Rätsel ..."

„... das sich, wie ich zu Ihrer Beruhigung sagen kann, auf die gleiche Weise löst: nicht Bantam — aber Bantams Bevollmächtigter."

Der Japaner hebt den Kopf. „Sie Herr Boye?"

„Ja, Herr Doktor Norinaga. Ich."

Der Japaner bringt es fertig, mit einem höflichen Lächeln zu quittieren. „Ich sehe, Herr Boye, daß Sie uns über sind. Der Bau der Mongoleibahn ist durch Ihre Dispositionen gesichert."

„Ich hoffe es."

„Und Sie werden als Sieger nach Europa zurückkehren."

„Ich habe die Pflicht übernommen, die Fertigstellung der Linie mit allen Mitteln durchzusetzen. Ich bin gewohnt, meine Pflicht zu erfüllen."

„Auf eins muß ich Sie aufmerksam machen: ich bin keineswegs überzeugt, daß diese Taktik, die sich also ausschließlich für die Bahn einsetzt, im Sinne Ihres Auftraggebers Bantam ist."

Ove macht eine Bewegung mit der Hand. „Was Bantam wünscht, ist gleichgültig. Ich diene der Idee, die ich für die rechte halte."

„Das ist ein löblicher Vorsatz", sagte Norinaga. „Was aber wird daraus, wenn Ihnen unversehens etwas zustoßen sollte? Es müßte nicht einmal unversehens sein. Für eine Platte Tunschi-Silber ist in der Mongolei manches zu haben."

„Mein Tod würde nichts ändern. Ich habe damit gerechnet, als ich nach Werchne Udinsk abfuhr. Alles ist vorbereitet — und hundert Agenten, die ich auf der Strecke bis Kalgan instruiert habe, setzen mein Werk automatisch fort."

„Dann kann ich also meine Mission als gescheitert betrachten?"

„Es wäre das Klügste, Herr Doktor Norinaga. Das Klügste und das Bequemste. Für Sie und für mich."

VIII.

Der Wagen verließ den Nordbahnhof und bog zur Rechten ein: in die Rue Lafayette.

Schon riefen die Camelots die ersten Abendzeitungen aus; sie überboten sich schreiend, Konflikte des Tages, Schlagworte der Stunde gellten durch die Luft.

An der Ecke des Faubourg Montmartre mußte der Wagen halten. Zwei Jungen brüllten sich gegenseitig nieder, ein großer und ein kleiner; die Stimme des Kleinen gewann die Oberhand, das Publikum lachte, ein paar Zuschauer applaudierten. Und nun, während der Sieger stolz die letzte Meldung des „Soir" über die wartenden Wagen hinwegschleuderte, hörte Ove zu seinem Erstaunen seinen eigenen Namen: „Monsieur Boye rettet die mongolische Eisenbahn!"

Dann gab der Sergeant das Zeichen, und die Wagenkolonne raste weiter, der Place de l'Opera zu.

An der Rezeption des Hotels stand ein Herr, den Ove kannte. Er war breitschultrig, rotwangig, eher klein als groß, und von jener Sicherheit, die ein beträchtliches Girokonto zu verleihen pflegt. Er ging auf Ove zu, dem eben der Empfangschef ein paar Depeschen aushändigte, und legte ihm beide Hände auf die Schultern. „Grüß Gott! Herr Boye! Kommen Sie! Dort drüben, die schönste Ecke der Halle, ist für uns reserviert. Ich habe hundert Dinge mit Ihnen zu sprechen; aber Sie werden müde sein, ich kann es mir denken; und Sie haben, ich muß es sagen. Sie haben sich ein bißchen Ruhe ehrlich verdient. Wollen Sie es glauben? Auf den ersten Blick hatte ich Vertrauen zu Ihnen. Viel mehr als zu diesem ... zu diesem ..." ein Schatten ging über die blanken Augen des Direktors, „kommen Sie," er nahm Ove beim Arm; rechts und links grüßten gewichtig aussehende Herren; der Finanzmann dankte leutselig, immer den zärtlichen Blick auf seinen Begleiter geheftet. Man wurde auf Boye aufmerksam; die Meldungen der Zeitungen, die ungewöhnlich animierte Art des Direktors, die nordische Erscheinung des Gastes: Ove fühlte fast, wie sein Name flüsternd durch das Haus ging. Der Empfangschef, der die Wichtigkeit des Ankömmlings mit dem Fingerspitzengefühl des Hotelmannes erfaßt haben mochte, ging voran und bahnte den beiden energisch den Weg. Dort winkten köstliche kühle Klubsessel, und lautlose Befrackte zückten schon dienstbereit die Blocks.

„Das nenne ich eine gelungene Mission!" lachte der Direktor. „Wenn ich Ihnen erzählen wollte, was für Kämpfe es in unseren Bureaus gegeben hat, bis die ersten Nachrichten von Ihnen kamen — ich müßte ein paar Tage lang erzählen. Es lag schon längst verschiedenes in der Luft; daß dieser Bob Bantam ...", wieder huschte jener schmerzliche Schatten über das Gesicht des Sprechenden. — „Ich bekomme Herzklopfen, wenn ich seinen Namen ausspreche! Also — es kroch aus verschiedenen Richtungen förmlich auf uns zu — auf unser Bureau, auf unser ganzes Unternehmen, auf unsere Nerven. Und vor allem, natürlich: auf mich. Auf mich, Herr Boye! Dann kam der Doktor Jermolow zurück — und mit einem Schlage brach das kunstvolle Gebäude zusammen. Sagte ich: das Gebäude? Nein: das war ein Wolkenkratzer von Lügen! Ich fuhr sofort in die Rue de Rivoli; natürlich, ich kam eine Stunde zu spät. Wollen Sie glauben, daß es einen Menschen gegeben hat, der das alles hat kommen sehen?"

Ove fragte, aus einer plötzlichen Ideenassoziation, nach Fräulein Serafine.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Londzins Gastspiel

Prälat Londzin, das große Kirchenlicht der Sanatoren aus dem Teschener Ländchen trat gestern zum ersten Male in Polnisch-Oberschlesien als Volksredner auf, in Bogutschütz und Siemianowitz. Dem Beispiele des großen Wojciech folgend, redete auch er dauernd von „meinen lieben braven Oberschlesiern". Leider waren nicht sehr viele der lieben und braven Oberschlesier da, in Bogutschütz sollen es 93 gewesen sein und in Siemianowitz 125, von denen die Hälfte noch zur Opposition gerechnet werden kann. Aber trotz dieses flauen Empfanges ließ sich der Gottesmann nicht entmutigen und begann gar gräulich die Sünden aller Feinde der Sanatoren an die Wand zu malen. Alle sind ausgemachte Schurken, die, sofern sie die Gnade Gottes im letzten Augenblick nicht erleuchtet und sie den Weg nicht zu der allein seligmachenden Wahlpartei finden, wohlgemerkt, das ist die der Sanation, ewiglich in den gräßlichen Gluten der Hölle schmoren und braten werden, während die, die den Weg der Gnade finden, einstens jubilierend als schlohweiße Engelein die himmlischen Gefilde bevölkern und für ewige Zeiten Polens Ruhm verkünden dürfen. Es war ein Wettern und Toben, daß dem seligen Abraham a Sankta Clara alle Ehre gemacht hätte und manche alte Klachulla und Roselka riß angsterschreckt die Augen auf, und manche Träne fiel, aus Augen und Nasen. Doch nicht alle waren so gerührt, und das waren die, denen der Himmel samt Hölle des Herrn Prälaten etwas spanisch vorkamen. Aber auch die tröstete Herr Londzin. „Ich weiß, donnerte er, daß ihr meinen Worten nicht glaubt, aber es gibt noch viele die das tun. Und sogar meine lieben Konfraters sagten, als ich in den Kampf mit Gott und Skapulier für die Sanatoren, die Republik und Kirche zog, ich sei verrückt.

Weiter kam er nicht, denn da setzte ein brausender Beifall ein, der kein Ende nehmen wollte und immer wieder begann er, sobald die Donnerstimme des Paters Londzin von neuem ertönte. Und so blieb nichts anderes übrig, als den Sanatorenwiec zu schließen. In Siemianowitz soll Prälat Londzin genau so bejubelt worden sein, denn auch dort bekannte er offen, daß man ihn für verrückt erklärt habe.

Es ist sehr fraglich, ob in Zukunft uns Pater Londzin noch einmal die Ehre geben wird. Wir würden es jedenfalls bedauern, täte er es nicht, denn sehr, sehr erbaulich sind seine hübschen Donnerreden und wer einmal nach Herzenslust lachen will, muß Londzin hören, muß auf einen solchen Wiec, der einen für den schönsten Faschingsball entschädigt. Schließlich hat man nicht immer Gelegenheit, einen Verrückten zu hören und wer weiß, wie lange man Pater Londzin noch auf freiem Fuß beläßt, denn Rybnik ist nicht weit.

Und soviel werden wahrscheinlich meinem Freund Rumun von der „Polska Zachodnia" die sanatorischen Erfolge bringen. Immer deutlicher wird das. In Bogutschutz waren es gestern nicht mehr wie 93 Neugierige, in Siemianowitz nur 125. Aber Rumun sieht nicht doppelt oder dreifach, nein, er muß einen ganz besonderen Multiplikator haben. Heute weiß er uns zu melden von diesen beiden Wahlversammlungen, daß sie riesenhaft imponierend gewesen wären. In Siemianowitz sollen nach ihm 2500 Menschen und ebenso in Bogutschütz Londzin einen enthusiastischen Empfang bereitet haben. Es muß sehr bedenklich in Rumuns oberem Stübchen aussehen — armer Herr Kollege! —

Wir sehen die Zeit nicht fern, da er und der Gottesmann Londzin gerührt sich an die Brust sinken werden — in Rybnik.

J. H.

Der liebe Gott soll helfen!

Der Lubliner Bischof Fulman hat an seine Geistlichkeit ein Rundschreiben erlassen, nach welchem in der letzten Woche vor der Sejmwahl in allen Kirchen seiner Diözese um den Segen Gottes gefleht werden soll, damit die Wahlen einen für ein katholisches Polen recht günstigen Ausgang nehmen. Jeden Abend soll die Litanei zum allerheiligsten Herzen Jesu abgesungen und am Tage der Wahl selbst soll das allerheiligste Sakrament ausgestellt werden. Außerdem soll die Geistlichkeit ihre Parochianen darüber belehren, wer gewählt werden kann. Soweit Herr Bischof Fulman von Lublin.

In der Lubliner Wojewodschaft muß es mit den Wahlaussichten der katholischen Parteien sehr faul stehen, wenn der dortige oberste Kirchenmann zu so einem solchen verzweifelten Mittel greift und seine Gläubigen um die Fürbitte Gottes flehen läßt. Uns ist bis dato nicht bekannt, daß der liebe Gott sich jemals in Wahlgeschichten eingelassen hätte und er wird sicherlich es als eine sehr starke Zumutung empfinden, überhaupt nach dem ihm der polnische Klerus schon sowieso soviel zu schaffen macht.

Ein Riesenbetrugsprozeß

Seit etwa 14 Tagen wurde vor der Kattowitzer Finanz-Strafkammer in einem Riesenbetrugsprozeß verhandelt. Kläger ist der Staat bezw. die Salzmonopolverwaltung, die sich durch den Kaufmann Garbinski und einer Reihe Mithelfer schwer geschädigt glaubte. Die Verhandlungen ergaben auch tatsächlich, trotzdem die Angeklagten einen riesigen Zeugenapparat aufgeboten hatten, daß die Salzmonopolverwaltung durch betrügerische Manipulationen um 274 672 Zloty geschädigt worden ist. Sonnabend nachts wurde in diesem Prozeß das Urteil gesprochen, nachdem der Staatsanwalt eine Gesamtstrafe von 112 Millionen Zloty, sowie Gefängnisstrafen beantragt hatte.

Verurteilt wurden wegen Vergehen gegen die §§ 13, 14 und 100 der Ustawa Karna Skarbowa Finanz-Strafgesetzordnung): Siegmund und Paul Garbinski, Severin Jakubowicz und Jakob Koblenc zu einer Geldstrafe von je 8 568 000 Zloty, demnach zu einer Gesamtstrafe von 34 272 000 Zloty bezw. zu je 1 Jahr Gefängnis, ausgenommen Siegmund Garbinski, welcher als Hauptschuldiger für die Geldstrafe bei Nichtzahlung eine zweijährige Gefängnisstrafe abzubüßen hat. Ueberdies erfolgt nach Aufhebung zweier, von der Staatsanwaltschaft ausgestellter sogenannter eiserner Briefe, wonach eine Arrettierung des Siegmund Garbinski und Severin Jakubowicz vor dem Urteilsspruch nicht zu erfolgen hatte, die sofortige Festnahme dieser beiden Angeklagten. Die bereits verbüßte Untersuchungshaft ist in allen Fällen angerechnet worden. Paul Garbinski und Jakob Koblenc, welche vorläufig auf freien Fuß gesetzt wurden, haben bereits im Vorjahr größere Kautionsgelder hinterlegt. — In der kurzen Urteilsbegründung wurde hervorgehoben, daß eine Schuld laut Zeugenaussagen, dem Gutachten des Sachverständigen und glaubwürdigen Unterlagen vorliege, in dem große Mengen Industriesalz als Eßsalz zu bedeutend höheren Preisen abgesetzt worden sind.

Wieder ein Kommunistenprozeß

Auf einer Arbeiterversammlung trat am 6. März v. Js. der Arbeiter Josef Wieczorek aus Zalenzerhalde auf, welcher nach den Wahrnehmungen eines dort anwesenden Polizeibeamten kommunistische Propaganda betrieb. Der Redner soll über Faschismus in Polen gesprochen, äußerst scharfe Worte der Kritik gefällt und u. a. behauptet haben, daß sich ein derartiges System keineswegs lange erhalten könne, vielmehr alles über kurz oder lang der Teufel holen müsse. Auch die gegenwärtige Lage der Arbeiterschaft in Sowjetrußland ist von Wieczorek, welcher sich über das schwere Los der Arbeiterschaft in Ostoberschlesien, sowie in Polen überhaupt ausgesprochen hat, als bedeutender Fortschritt, sowie um 100 Prozent besser, als hierorts bezeichnet worden. — Es erfolgte bald darauf die Festnahme des W., der wegen kommunistischer Tätigkeit bereits Festungsstrafen von 2 u. 1½ Jahren abgebüßt hat und als erster Kandidat auf der kommunistischen Wahlliste figurieren soll.

Wieczorek, welcher nach zweimonatiger Untersuchungshaft freigelassen wurde, hatte sich am Sonnabend vor dem Landgericht Kattowitz zu verantworten. Der Angeklagte bestritt, sich auf der Versammlung mit Poliik beschäftigt zu haben. Es sei von ihm, der kurz vorher seine Festungsstrafe abgesessen, nur über die Notlage der Arbeiter gesprochen worden. Lediglich verschiedene Vergleiche wurden nach seiner Aussage von ihm gezogen. — Das Gericht verurteilte Wieczorek diesmal zu drei Monaten Gefängnis, bei Anrechnung der zweimonatigen Untersuchungshaft.

Der Arbeitslosenstand in der Wojewodschaft

Wie das Wojewodschaftsamt berichtet, wurden in der Zeit vom 8. bis 15. Februar insgesamt 46 382 Arbeitslose in der Wojewodschaft gezählt, von denen 29 273 die normale Arbeitslosenunterstützung beziehen.

Schule und Kirche

In Polnisch-Oberschlesien werden keine neuen Schulen gebaut, weil kein Geld da ist. Selbst dringende Renovierungsarbeiten werden mit derselben Begründung jedesmal auf die lange Bank geschoben. Die Wojewodschaft hat kein Geld, die Gemeinde auch nicht und der Staat auch nicht. Die Zahl der schulpflichtigen Kinder steigt von Jahr zu Jahr, der Raum in den Klassen wird bis zum äußersten ausgenützt. In einer Klasse, die höchstens für 40 Kinder bestimmt ist, sitzen 90 Kinder, manchmal noch mehr. Die Luft ist nicht gut, die Kinder können vom Unterricht nicht viel profitieren, der Lehrer plagt sich vergebens. Zwischen der polnischen Mehrheitsschule und der deutschen Minderheitsschule werden um jedes Schulhaus, um jede Klasse förmliche Kämpfe geführt. Der Nationalitätenhaß wird selbst in das Schulhaus hineingetragen und durch den Kampf um den Raum dringt er in die Kinderseelen ein. Die Minderheitsschule ist bei uns der schwächere Teil und muß unterliegen. Der Schulunterricht wird getrennt und findet vor- und nachmittags statt. Die deutschen Kinder müssen wegen Raummangel auch nachm. in die Schule. Die Kinder sind mit dem hin und her ermüdet, werden gleichgültig und der Unterricht will nicht vorwärts schreiten. Der Lehrer plagt sich umsonst und die Kinder auch, doch klappt alles nicht so, wie es soll und davon ist lediglich der Raummangel schuld. Wer es mit dem schlesischen Volke gut meint, wer seine Zukunft wünscht, der wird neben Brot und Wohnraum für den Schulraum sorgen müssen. Schulhäuser müssen gebaut werden, je früher umso besser. Und wie denkt die schlesische Wojewodschaft über die Schulbaufrage?

In dem schlesischen Budgetvoranschlag für das Jahr 1928/29. wurde für Schulbauten ein Betrag von 200 000 Zloty eingesetzt. Das reicht für ein größeres Schulhaus mit 10 Klassen und einem Amtszimmer für den Leiter aus. Die schlesische Wojewodschaft hat also nur noch für ein einziges Schulhaus übrig, das aber nicht gebaut wird, weil die 200 000 Zloty Renovierungszwecken zugeführt werden. Dafür haben wir Geld für Kirchenbauten genug und zwar für die Kirchen in der schlesischen Wojewodschaft und auch außerhalb. In Czenstochau baut der Bischof Kubina ein Dom. Selbstverständlich muß da die schlesische Wojewodschaft mit ihren 50 000 Arbeitslosen auch helfen und da wurden in das neue Budget 50 000 Zloty für den Dom in Czenstochau eingestellt. In Krakau wird ein Pfaffenseminar gebaut, da müssen wir selbstverständlich auch dabei sein und unsere 50 000 Zloty, die wir hier zuviel haben, auch noch hintragen. Aber die schlesische Wojewodschaft baut auch eine Kirche die 30 Millionen Zloty kosten wird und obwohl sie schon viele Millionen unserer Steuergroschen verschlungen hat, hat man wieder eine halbe Million Zloty in das neue Budget eingesetzt. Die Gnade Roms kostet viel. kostet Millionen, und selbst für diese Mill. hat sie für eine Regierung der früheren Revolutionäre viel Lob übrig. Sie können froh sein, daß die Kirche kein erzürntes Gesicht zeigt. So kommt es also, daß abgehärmte Greise von Amt zu Amt, wegen paar Groschen Rente, Kriegs- und Aufstandsopfer jahrelang alle Aemter abklopfen um die tausenden Formalitäten zu bewältigen und alles deswegen, ein paar Groschen Rente die für das trockene Brot für die Kinder reicht, daß sich ein Lehrer mit 90 Kindern in einer Klasse plagt, dafür ist kein Geld vorhanden. Wir bauen Kirchen und zwar Luxuskirchen die gleich 30 Millionen Zloty kosten, weil wir selbst vor dem Himmel prahlen möchten, wie gut es uns hier geht. Ein bißchen Mexiko, nicht aber das eines Kula, sondern das Mexiko eines Cales könnten wir schon gut gebrauchen.

Kattowitz und Umgebung

Kommunales aus Eichenau.

Nach einer längeren Ruhepause fand am 17. Februar hier wieder eine Gemeindevertretersitzung statt, die erste im neuen Jahre. Was man allgemein erwartet hat, mußte man bei der Eröffnung als Wirklichkeit feststellen. Beinahe wäre die Sitzung gesprengt worden. Kein Wunder bei dem heutigen Wahlkampf. Bemerken muß man, daß die zwei christlichen Rivalen, Deutsche Wahlgemeinschaft und Sanacja Moralna nicht zu unterscheiden waren. Beide standen in der Opposition gegen die Tagesordnung und auch bei der Abstimmung waren sie sich einig, um die Sozialisten zurückzustellen. Um zur Beratung zu kommen, wurde Punkt 12 und 13 vertagt. Aber auch paar andere Punkte der Tagesordnung waren der Wahlgemeinschaft nicht angenehm, weil sie für Harriman und Giesche mehr Interesse haben, als für die Bürger, die ihnen die Stimmen gegeben haben.

Als Gemeindevertreter Raiwa den Antrag stellte, man möge zur Beratung der Tagesordnung übergehen, beruhigten sich die Gemüter der Christlichen Trabanten beider Schattierungen und die Sitzung fand ihren Anfang. Punkt 1: Annahme eines Statuts, zwecks Erhebung von Steuern von Bauplätzen, wurde nach einer längeren Diskussion genehmigt. Der nächste betraf die Festsetzung der zu erhebenden Steuer von Bauplätzen. Weil es sich um Bauplätze der Hohenlohe und Giesches-Erben handelt, verlangt Gemeindevertreter Raiwa die höchstbemessene Steuerstufe. Ein Mitglied der Wahlgemeinschaft nennt diese Forderung eine bolschewistische, dann Harriman ist ein armer Schlucker. Schließlich fand dieser Punkt Annahme und zwar nach dem Antrag Raiwas. Bei der Festsetzung der Gebäudesteuer wurden für Privathäuser 5 Prozent von 1000 und bei Werkswohnungen 6 Prozent von 1000 festgesetzt. Der Erhöhung der Entschädigung für den Schularzt, Herrn Dr. Hanus, wurde stattgegeben. Seit dem 1. Januar wird die Entschädigung um 50 Prozent erhöht. Der Aenderung des Beschlusses der Gemeindevertretersitzung vom 26. August 1927 wird ebenfalls stattgegeben. An der genannten Sitzung wurde eine der Gemeinde gehörende Parzelle zur Anlage eines Parkes freigegeben. Häuser sind notwendiger, als die Parkanlage und da Harriman keine Bauplätze hergeben will, mußte man diesen Beschluß ändern. An der fraglichen Parzelle kommen 20 Wohnungen zu stehen. Die Wojewodschaft erhält die Parzelle für den angemessenen Preis von 2 Zloty pro Quadratmeter. Licht und Wasser werden auf Kosten der Gemeinde installiert.

Dann wurde ein Mitglied zur Gesundheitskommission gewählt. Gemeindevertreter Heinisch ging aus der Wahl hervor.

Herr Jendrecki wurde in den Schulverband gewählt. — Weiter wurden als Revisoren die Herren Franz und Broda gewählt. Ein Antrag der Witwe Sieron um Erhöhung der Erhaltungskosten für einen Ziegenbock wurde angenommen und die Kosten von 10 auf 15 Zloty monatlich erhöht.

Punkt 10 betraf die Bewilligung von 400 Zloty zum Ankauf von Landkarten für die Schule II, dem stattgegeben wurde.

Theater und Musik

Schillers „Lied von der Glocke".

Wir begrüßen es immer, wenn unsere Arbeitersänger an die Oeffentlichkeit treten, denn gerade die öffentliche Darbietung gibt nicht nur uns allein die beste Gelegenheit, sich ein ungefähres Bild über die Entwicklung und das Können der Arbeitergesangvereine, die noch nicht vor allzu langer Zeit zu den Stiefkindern der allgemeinen deutschen kulturellen Bewegung in unserer Heimat zählten, zu machen. Nicht übermäßig oft war das nun in den letzten Jahren der Fall, hier spielen Umstände eine ausschlaggebende Rolle, auf die nicht näher eingegangen werden kann, aber bei allen öffentlichen Veranstaltungen konnten wir jedesmal mit Genugtuung feststellen, daß unsere Sängerschar unablässig an der Arbeit ist und sich mit der Zeit zu einem nicht unterzuschätzenden Faktor innerhalb der deutschen Kulturbewegung Polnisch-Oberschlesiens selbst gestaltet hat. Das kann ohne jeden Ueberschwang gesagt werden, schließlich kann nur derjenige im rechten Lichte die Arbeitergesangvereine bewerten, der ihren inneren und äußeren Organismus, vor allem aber ihre Entwicklungsperiode kennt.

Und es dürfte auch nicht zu viel gesagt sein, wenn wir von der gestern im Königshütter Volkshause stattgefundenen Aufführung des Schillerschen „Lied von der Glocke" in der Rombergschen Vertonung durch die beiden Vereine „Edelweiß"- und „Vorwärts"-Königshütte als von einer kleinen netten Ueberraschung sprechen. Zwar war es keine Erstaufführung im eigentlichen Sinne, da ja beide Vereine an den vorangehenden Aufführungen der gesamten vereinigten Gesangvereine mitwirkten, aber immerhin könnte man sie als solche gelten lassen, da ja eine vollständig neue Einstudierung der Chöre erfolgen mußte und der der solistischen Partien, die diesmal von Kräften aus den eigenen Reihen besetzt waren. Die Mentalität der Sänger in den Vordergrund geschoben, dürfte es schwer sein, hier vom künstlerischen Standpunkte die kritische Sonde anzusetzen, aber im wesentlichen kann von einer guten Leistung gesprochen werden, wenn manches auch besser sein konnte. Die Chöre gaben das Beste heraus, was sie hatten, wenn die Einsätze nicht immer klappten, so war das nicht immer ihre Schuld, im Gesamtbild störten sie jedoch nicht sonderlich. Hier und da wäre mehr Wucht in den einzelnen Sätzen wirkungsvoller gewesen, auch auf die Klarheit der Aussprache hätte etwas mehr Augenmerk gelegt werden sollen.

Ueber die Besetzung der solistischen Partien wäre viel und auch wenig zu sagen. Es ist sehr schön, wenn man zu eigenen Kräften greift, aber ob es immer angebracht ist, muß man dahingestellt sein lassen. Jedenfalls erkennen wir dankbar den guten Willen an.

Die dem Hauptstück vorangehenden Chöre und das Sololied aus „Preziosa", wurden leicht und flüssig vorgetragen.

Die Leitung der Veranstaltung lag in den Händen des Studienrats Birkner, am Klavier saß Herr Lehrer Rodewald, das Orchester stellte die Friedenshütter Werkkapelle. Das Haus war sehr gut besucht, dankbarst wurde applaudiert und das mit Recht, denn trotz allem war der Abend ein sehr genußreicher und für die Königshütter Sänger ein Ehrentag.

J. H.

Börsenkurse vom 20. 2. 1928

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich =	8 91¾ zł
		frei =	8.93 zł
Berlin	100 zł	=	46.98 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.	=	212.75 zł
	1 Dollar	=	8.91¾ zł
	100 zł	=	46.98 Rmk.

Punkt 11 brachte eine längere Debatte und zwar handelte es sich um die Bewilligung der Unkosten bei der Ausstellung der Wählerlisten. Es wurden 500 Zloty bewilligt, von welchen auch die Lokalbesitzer eine Entschädigung für Beheizung und Licht erhalten. Der 12. Punkt Wahl von Bezirksvorstehern und Waisenräten und Punkt 13, Annahme des Jahresbudget 1928-29, wurden vertagt. Beim letzten Punkt wurden verschiedene Anträge erledigt und Gemeindevorsteher Kosma konnte die Sitzung schließen. Die nächste Sitzung findet den 23. Februar statt. Hoffentlich werden bis dahin die Gemüter der Christlichen Trabanten abgekühlt sein.

Bau einer Zentrale. Nachdem die Grubenanlagen der „Giesche Spolka Akcyjna" bei Gieschewald und Nickischschacht ausgebaut werden, erweist sich die Stromkraft der Zentrale Karmerschacht als viel zu gering. Schon im vorigen Jahre wollte man mit Rücksicht darauf, mit dem Bau einer neuen Zentrale beginnen. Nun ist dieser Plan zur Wirklichkeit geworden, denn mit den ersten Arbeiten zum Bau einer neuen Zentrale ist bereits begonnen worden, welche auf dem Gelände der Karmerschachtanlage, neben der alten Zentrale erstehen wird. 60—80 Arbeitslose finden dabei auf einige Zeit Arbeitsgelegenheit.

Eine Lokomotive entgleist. Auf dem Bogutschützer Bahnhofe entgleiste die Lokomotive eines von Siemianowitz kommenden Personenzuges. — Es war lediglich nur ein Materialschaden zu verzeichnen.

Autounfälle. Am Zentralhotel wurde der 9jährige Walter David von einem Personenauto angefahren und zu Boden geworfen. Er trug Verletzungen am Kopfe davon. — Bei Zawodzie stieß ein Personenauto mit einem Autobus zusammen. Beide Wagen wurden beschädigt, von den Passagieren glücklicherweise Niemand.

Ein schlechtes Beispiel. Der frühere Polizeibeamte Ludwig P. aus Retta bei Nikolai stand am Sonnabend vor der Kattowitzer Strafkammer, da er gegen das Urteil des Nikolaier Kreisgerichts, welches wegen Widerstand gegen die Polizeigewalt auf zwei Wochen Gefängnis lautete, Berufung eingelegt hatte. Auf einem Tanzvergnügen entriß der Angeklagte in trunkenem Zustande einem Schutzmann, der gegen ihn einschreiten wollte, den Säbel und versuchte loszuschlagen. Ein zweiter Polizeibeamte eilte rasch herbei und vereitelte dieses Vorhaben. Das Gericht in Kattowitz hielt in diesem Falle die zweiwöchentliche Gefängnisstrafe am Platze. Aus diesem Grunde wurde das Urteil der 1. Gerichtsinstanz bestätigt. Allerdings wurde dem P. ein Strafaufschub von drei Jahren gewährt.

Janow. (Im Schlafhaus bestohlen.) Ein sehr schmutziger Geselle muß der Arbeiter Ludwig K. sein, der seinen Arbeitskollegen 4 Spinde im Janower Schlafhaus erbrach und aus ihnen 385 Zloty in bar, sowie eine Uhr stahl. Der Spitzbube wurde verhaftet.

Königshütte und Umgebung

Ein Ehejubiläum. Unser langjähriger Genosse Anton Dziumbia von der ul. Krzyzowa 2a, begeht mit seiner Ehefrau Helene am 21. Februar die Feier der silbernen Hochzeit. Dem Silberpaar unsere herzlichsten Glückwünsche und die Hoffnung, auch die goldene erleben zu können.

Tragischer Tod einer alten Frau. Die 70 Jahre alte Frau Rudka von der ul. 3-go Maja, fand am vergangenen Freitag einen tragischen Tod. Als sie mittags im Küchenofen Feuer anmachte, fingen ihre Kleider Feuer. Die alte Frau mag wohl gleich vor Schreck besinnungslos geworden sein, denn Hilferufe wurden in der Nachbarschaft nicht gehört, so daß ihr die Kleider vollständig am Körper verbrannten. Die Brandwunden die sie dabei erlitt, waren so schwer, daß sie den sofortigen Tod herbeiführten. Dieser bedauerliche Unglücksfall wurde erst von dem Ehemann als dieser von der Schicht heimkehrte, festgestellt.

Höchstpreise für Königshütte, gültig ab 15. Februar. Kolonialwaren: Weizenmehl griffig 52, ausgewählt 50, 60 prozentig 44, Roggenmehl 70 prozentig 32, Farinzucker 74, Tafelbutter 360, 1 Pfd. Brot aus Schrotmehl 26. 1 Pfd Brot aus 70 proz. Roggenmehl 30, 1 Pfd. Brot aus 65 proz. Roggenmehl 32, 1 Semmel 90 Gramm 10, Backgeld für ein Pfund Hausbackbrot 4, amerikanisches Schmalz 160, Eier mittelgroß 22, groß 25, Tafelbutter auf dem Markt 340. Landbutter 290, Kochbutter 250, Weißkäse 60, 1 Liter Milch 46, Kartoffeln 1 Pfund 6½, 1 Zentner 600, Zwiebeln 30, Stroh Gebund 20 Pfund 90. Klee Gebund 10 Pfund 100, Heu Gebund 10 Pfund 70, Raygras 80, Siede 50 Kilogr. (aus gepreßtem Stroh) 500 Groschen.

Höchstpreise für Fleisch- und Wurstwaren. 1 Pfund Rindfleisch 1. Gattung 160, 2. Gattung 130, Schweinefleisch 1. Gattung 140, 2. Gattung 120, frischer Speck über 4 Zentimeter stark 1. Gattung 170, bis 4 Zentimeter stark 2 Gattung 160, gekochte Krakauerwurst 200, Knoblauchwurst 160, polnische Wurst 140. Leberwurst 1. Gattung 230, 2. Gattung 160, Preßwurst 1. Gattung 190, 2. Gattung 140 Groschen.

Myslowitz

Ein Reinfall. Seit Bestehen der Arbeiterkolonie Gieschewald, wird außer der Bearbeitung der Gärten auch Kleinzüchterei von den Arbeitern getrieben. Zu diesem Zwecke wurden von den Mietern Holzstallungen gebaut, welche zur Unterbringung von Kleinvieh nebst Geflügel verwendet wurden. Nun scheint es jetzt so, daß man von Seiten der Häuserverwaltung der Gieschegruben dies bis auf weiteres nicht mehr gestatten will und um diesen Kleinzuchthaltungen vorzubeugen, versuchte man schon im vorigen Jahre von seiten der Häuserverwaltung durch Verordnungen, welche an die Arbeiter dieser Werkswohnungen erlassen wurden, diese Stallungen niederzureißen. Da dies aber ihren Zweck nicht erfüllte, wandte man dazu andere Mittel an. Eine Kontrollkommission, der sich auch ein Feuerwehrposten anschloß, machte allgemeine Feststellungen bei allen Mietern der Kolonie, worauf diese aufgefordert wurden, ihre Stallungen niederzureißen, wobei man sich auch auf dementsprechende Anweisungen des Gemeindevorstandes berief und bei Außerachtlassung dieser Anordnung mit Strafen bedrohte. Wie jetzt aber einwandsfrei feststeht, hat die Häuserverwaltung dieses auf ihr eigenes Konto übernommen. Der hiesige Gemeindevorsteher gibt jetzt bekannt, daß weder er noch seine Beamten irgend eine Anordnung gegeben haben und die Aussagen der Kontrollkommission erfunden sind. Die Mieter werden aufgefordert, den Aufforderungen zur Niederreißung der Stallungen nicht Folge zu leisten, da sie mit Recht weiter bestehen können. Sollte dennoch die Häuserverwaltung mit Strafen vorgehen, so wird die Gemeinde eine schwere gerichtliche Bestrafung einleiten. Mithin ist vorläufig obige Streitfrage erledigt.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Beim Aufspringen auf einen fahrenden Wagen, geriet der 16jährige Ernst Copner in Eintrachtshütte unter die Räder. Beide Beine wurden ihm gebrochen.

Tief unter der Erde. Der im 40. Lebensjahre stehende auf der Florentinegrube beschäftigte Zimmermann Franz Przywera beging vorige Woche Selbstmord durch Erhängen auf einer 270 Meter liegenden Sohle des Karnallschachtes. Eheliche Zwistigkeiten sollen der Anlaß gewesen sein. Der Vorfall hat innerhalb der Belegschaft das größte Aufsehen erregt.

Rybnik und Umgebung

Scheunenbrand. In Polomia brannte dem Häusler Urian Brudny die Scheune vollständig nieder. Der Schaden beträgt 3000 Zloty.

Sportliches

Sport vom Sonntag.

1. F. C. Kattowitz — Naprzod Lipiny 9:3 (5:1).

Der 1. F. C. trat mit seiner vollen Mannschaft an, Görlitz II im Tor und Pohl in der Verteidigung. Erst beim Stande von 8:1 taut Naprzod etwas auf und kann zwei Tore aufholen. Infolge des starken Regenwetters waren kaum 300 Zuschauer erschienen. In den Torsegen für F. C. teilten sich Görlitz Joschke und Geisler je zwei und Kosok drei Tore. Für Naprzod waren Zug, Kania und Wala erfolgreich.

1. F. C. 1. Jgd. — Kolejowy 1. Jgd. 6:1.
1. F. C. 2. Jgd. — Kolejowy 2. Jgd. 2:2.
1. F. C. 3. Jgd. — Kolejowy 3. Jgd. 6:1.

Pogon Kattowitz — Slonsk Schwientochlowitz 4:2 (3:2).

Da das Spielfeld in einem sehr schlechten Zustand war, wurde das Spiel auf 2 mal 30 Minuten beschränkt. Beide Mannschaften traten mit Ersatz an. Slonsk spielte sogar die ganze Zeit nur mit 10 Mann. Die Tore erzielten: Spruß, Palka für Slonsk und Pazurek (3), Lubina (1) für Pogon.

Slonsk Ref. — Pogon Ref. 7:0.

Myslowitz 06 — Slowian Bogutschütz 3:2 (2:0).

Beide Mannschaften führten ein sehr scharfes, zeitweise sogar brutales Spiel vor. Der Spielverlauf zeigte keine der Mannschaften als überlegener, stand doch das Spiel bis kurz vor Schluß noch 2:2. Im letzten Augenblick diktiert der Schiedsrichter einen Elfmeter gegen Slowian, welcher den Myslowitzern den Sieg bringt. Doch wollten die Spieler Slowians den Elfmeter nicht gelten lassen und verließen ostentativ den Platz. Die Tore erzielten Walzuch, Bozek je eins und ein Selbsttor. Für Slowian Pareinski und Bloch.

Naprzod Zalenze — Sportfreunde Königshütte 3:2.

Zalenze 06 — 09 Myslowitz 1:0.

Beide Mannschaften spielten mit Ersatz. In der ersten Halbzeit war Zalenze stark überlegen, in der zweiten war das Spiel ausgeglichen. Das Spiel wurde infolge des starken Regens abgebrochen.

Odra Scharley — Kolejowy Kattowitz 2:1 (0:1).

Wenn auch Odra schon in der ersten Halbzeit eine gewisse Ueberlegenheit hatte, so fehlte der entscheidende Torschuß und die Gäste konnten führen. Erst in der zweiten Halbzeit lief Odra zur Hochform auf und beherrschte das Spiel, so daß sie als Sieger aus obigem Spiel hervorgehen konnte.

09 Myslowitz Ref. — Zalenze 06 Ref. 6:1.
09 3. Jdg. — 06 3. Jgd. 8:1.
1. K. S. Tarnowitz — K. S. Powstaniec Krol. Huta 7:1 (5:1?)
Wisla Krakau — Sparta Krakau 15:1 (8:1).
Warszawianka — Bar Kochbar Warschau 12:0.
Um die südostdeutsche Meisterschaft spielten

Preußen Zaborze — Sportfreunde Breslau 3:2

und wie man sieht, vertritt Preußen Zaborze Oberschlesien mit Ehren, gelang es ihnen doch schon einen zweiten spielstarken Gegner um die südostdeutsche Meisterschaft zu schlagen. Die anderen Spiele um die südostdeutsche Meisterschaft konnten B. S. C. 08 — Waldenburg 09 5:0 — Brandenburg Cottbus gegen V. f. R. Liegnitz 2:0 und Cottbus gegen Gelb-Weiß Görlitz 9:3 für sich entscheiden.

Die Schwerindustrie gegen die Angestellten

Vom Afabund wird uns geschrieben: Unter der neuen Leitung des Arbeitgeberverbandes der oberschlesischen Berg- werks- und Hütteindustrie macht sich dort ein neuer Geist bemerkbar, den man früher nicht kannte. Während die frühere Leitung die Interessen der oberschlesischen Schwerindustrie auch sehr tatkräftig zu wahren verstand, so konnte man doch sagen, daß sie die naturnotwendigen Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf eine loyale Weise zu regeln versuchte. Insbesondere war ihr Bestreben Differenzpunkte mit den Gewerkschaften möglichst schnell aus der Welt zu räumen. Man kann sagen, daß das was einmal mündlich oder schriftlich vereinbart wurde, vom Arbeitgeberverband auch unbedingt eingehalten worden ist. Allerdings ging es auch damals schon mitunter recht lebhaft her, was aber in der aufgeregten Atmosphäre der Revolutions-, Plebiszit- und Aufstandszeit kein Wunder war. Trotzdem kann man behaupten, daß es der damaligen Geschäftsführung des Arbeitgeberverbandes der Schwerindustrie gelungen ist, im Hand-in-Handarbeiten mit den Gewerkschaften die stärksten Auswüchse der aufgeregten Zeit zu vermeiden und durch verständiges Nachgeben gegenüber den berechtigten Wünschen der Arbeitnehmer die Interessen der Industrie am besten zu wahren.

Leider kann man dies von der neuen Leitung des Arbeitgeberverbandes nicht mehr sagen. Man glaubt dort durch eine neue Taktik die Sache besser zu machen. Diese Taktik heißt Verschleppung von notwendigen schon seit vielen Monaten festgesetzten Verhandlungen, um die Lösung akuter Streitfragen zu vermeiden. Ja man geht sogar noch weiter! Mit kleinlicher juristischer Spitzfindigkeit sucht man eben getätigte Abkommen zu annullieren. Mit dieser Taktik des kleinen Gesichtskreises erreicht man wohl kleine finanzielle Augenblicksvorteile für das Arbeitgebertum, übersieht aber, daß sich dadurch notwendigerweise innerhalb der Arbeiter- und Angestelltenschaft ein Vesuv von Verärgerung, Erbitterung und Wut aufsammeln muß, der im geeigneten Augenblick zur Explosion treiben muß. Gewisse Kreise der oberschlesischen Schwerindustrie haben die oberschlesischen Schrekkensjahre der Nachkriegszeit wieder vergessen oder vielleicht auch gar nicht gekannt. Sie überlegen nicht, daß durch ihre kleinliche Politik sich in der oberschlesischen Arbeitnehmerschaft immermehr ein Zündstoff ansammelt, den zu beseitigen das Ziel des vereinten Strebens der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sein sollte.

Wir wollen nachstehend aus der letzten Zeit nur ein Beispiel für die obenskizzierte neue Politik des schwerindustriellen Arbeitgeberverbandes bringen: Im Januar 1924 ist eine Verordnung des Wojewoden von Schlesien erschienen zum § 1 des Angestelltenversicherungsgesetzes, in der eine Reihe von Gruppen von **Unterbeamten** genannt wurden, die amtlich als angestelltenversicherungspflichtig anerkannt wurden. Solche Gruppen waren die Fördermaschinisten, die Bademeister, Markenkontrolleure, Aufseher und einige andere. 3½ Jahre dauerte es bis nach zäher und heißer Arbeit der Gewerkschaften wenigstens die **Fördermaschinisten** in die Angestelltenversicherung aufgenommen wurden und für sie eine tarifliche Regelung der Gehälter erfolgte.

Nun sollte eine ähnliche Regelung auch bei den übrigen Unterbeamten Platz greifen. Da verstand man es von Arbeitgeberseite aus nichtigen Gründen die schon längst angesetzten Verhandlungen immer wieder hinauszuzögern. Immer wieder war angeblich irgendein maßgebender Herr von Arbeitgeberseite erkrankt, verreist oder sonstwie verhindert. Dann kamen die Weihnachtsfeiertage und so verstand man diese wichtige Frage, auf deren Lösung Tausende von Unterbeamten mit fieberhafter Ungeduld warten, hinauszuzögern. Jetzt endlich hat der übereifrige juristische Syndikus des Arbeitgeberverbandes entdeckt, daß das neue polnische Angestelltenversicherungsgesetz die alten Gesetze und Verordnungen über den Haufen wirft und daß zur Regelung der Unterbeamtenfrage neue ministerielle Verordnungen erlassen werden müssen, die aber lange Jahre auf sich warten lassen können. Dadurch glaubt man einer unangenehmen Frage spitzfindig aus dem Wege gegangen zu sein und wichtige Arbeitnehmergruppen an der Nase herumgeführt zu haben. Man übersieht dabei aber geflissentlich, daß der Artikel 158 des neuen Angestelltenversicherungsgesetzes ausdrücklich die Versicherungspflicht für die bisherigen versicherungspflichtigen Angestelltengruppen aufrecht erhält. In ähnlicher Weise glaubt man auch durch die Herausschleppung anderer wichtiger Fragen Kapital schlagen zu können. So ist insbesondere die sogenannte Wohnungsfrage und die Regelung der Pension für die pensionierten Beamten zu nennen. Ein großer Teil der oberschlesischen Industriebeamten, die nach dem Tarifvertrag freie Wohnung zu beanspruchen haben, müssen sich bei der heute herrschenden Wohnungsnot mit ganz primitiven Notwohnungen begnügen. Trotzdem entzieht man ihnen vollständig das zustehende Wohnungsgeld, sodaß in vielen Fällen Beamte für eine Notwohnung von Stube und Küche oder gar nur für eine Wohnküche 40 bis 65 Zloty monatlich Miete zahlen müssen. Die Regelung dieser schreienden Mißverhältnisse wurde bereits im Anfang des vergangenen Jahres versprochen. Bis jetzt hat man aber immer wieder eine Verhandlung über diese wichtige Frage verstanden hinauszuschieben.

Genau so ist es mit einer zeitgemäßen Regelung der Pensionen für pensionierte Beamte. Diese sind meist noch immer in der Höhe, wie sie bei der Einführung des Zloty festgesetzt wurden, ohne die seitdem um fast 100 Prozent gestiegene Teuerung zu berücksichtigen. Die Gewerkschaften forderten eine Erhöhung dieser Pensionen wenigstens in dem gleichen Maße wie die seitdem gestiegenen Gehälter. Aber auch dieser bescheidene Wunsch ist bisher von Arbeitgeberseite noch nicht erfüllt worden, da man ja auf diese billige Weise an dem Pensionsgroschen der abgearbeiteten Invaliden glaubt ein paar Tausend Zloty sparen zu können.

Ein ähnlicher Skandal ist die **überlange Arbeitszeit** der technischen Hüttenbeamten und deren **miserable Bezahlung**. Man weigert sich hartnäckig diese Ingenieure und Werkmeister wieder in den Achtstundentag überzuführen, trotzdem bis zu neunzehntel der ihnen untergebenen Arbeiter bereits nur noch 8 Stunden arbeiten. Trotzdem man also von diesen technischen Beamten, die man die Seele der Betriebe nennen kann, eine derartig lange Arbeitszeit verlangt, so weigert man sich immer wieder bei den Gehaltsverhandlungen gerade für diese technischen Gruppen eine notwendige Aufbesserung zu geben mit der Begründung, daß es den Hütten angeblich wirtschaftlich schlecht gehe. Daß dadurch die Arbeitsfreude dieser wichtigen Arbeitnehmergruppe zum Schaden der Betriebe nicht gerade erhöht wird, sollten sich die Herren Direktoren von allein sagen. Sie rechnen aber immer wieder mit der Gutmütigkeit und Geduld der Angestellten. Sie sollten sich aber nicht wundern, wenn diese einmal ihr Ende erreicht!

Diese wachsenden Mißstände innerhalb der oberschlesischen Industrie sollten die dazu berufenen Arbeitsbehörden, insbesondere der **Demobilmachungskommissar** mit besonderem Eifer betrachten. Wenn jetzt z. B. mit einer beachtenswerten Energie ein Teil der Hüttenarbeiter in den Achtstundentag überführt wird, so sollte man aber auch die Meister und Ingenieure nicht vergessen und sie nicht mißachten, weil sie im Vergleich zu den Arbeitern eine geringere Zahl darstellen. Auch sollten die Schlichtungsausschuß-Vorsitzenden die Wünsche der Angestellten mehr beachten. Sie werden bald dazu in der Lage sein, da die Geduld der Angestellten-Gewerkschaften erschöpft ist und sie sich nun gezwungen sehen werden den Schlichtungsausschuß über die obengenannten strittigen Fragen zur Entscheidung anzurufen. Die Arbeitsbehörden würden sich um den sozialen Frieden in Oberschlesien sehr verdient machen, wenn sie eine gerechte Entscheidung fällen würden.

Die Probleme der sozialdemokratischen Bewegung in der Tschechoslowakei

von Dr. Friedrich Adler, Zürich.

Der 28. und 29. Januar 1928, die beiden Tage, an denen der Gesamtkongreß der sozialdemokratischen Parteien aller Nationen in der Tschechoslowakei tagte, werden durch die Wucht, mit der sich das Gefühl internationaler Solidarität offenbarte, wie durch die vollständige Harmonie, in der die Verhandlungen geführt wurden, für jeden Teilnehmer unvergeßlich bleiben. Daß es sich nicht bloß um die Schaustellung eines Festtages handelte, sondern die Hoffnung besteht, daß die Aktion auch in den harten Mühen des Alltags vereinheitlicht werden wird, geht vor allem daraus hervor, daß das Manifest und die Resolution, die der Kongreß beschloß, auf die Tagesordnung großer, begeisterter Massenversammlungen, in denen tschechische und deutsche Redner gemeinsam auftraten, gestellt wurde. Auch die praktische Arbeit wurde sogleich in Angriff genommen. Am 8. Februar fand eine Sitzung der Präsidien der beiden sozialdemokratischen Abgeordnetenklubs statt, in der ein gemeinsamer, sechsgliedriger Ausschuß eingesetzt wurde, um alle Vorarbeiten für das gemeinsame Vorgehen im Parlament zu treffen.

Die Ergebnisse des Gesamtkongresses sind heute schon viel größer, als sie vor dem Kongreß erwartet werden konnten. Trotzdem wird niemand die bedeutenden Schwierigkeiten, die der gemeinsamen Aktion in der Tschechoslowakei immer wieder entgegenstehen werden, unterschätzen. Daß sie bei gutem Willen auf allen Seiten überwindbar sein werden, erkennt man, wenn man sich ein Bild von der Entwicklung in ihren großen Zügen zu machen sucht.

Als im März 1897 zum ersten Mal Sozialdemokraten in das österreichische Parlament einzogen, gaben die Tschechen, die der Fraktion angehörten, ihre mutige Erklärung „gegen die Ausgrabung vergilbter, historischer Privilegien und Dokumente“, auf die sich die Anhänger des „Böhmischen Staatsrechts“ stützten, ab. Es war der Moment, wo die Einsicht in die Notwendigkeit der Einheit der proletarischen Aktion im gegebenen Staate bei den tschechischen Sozialdemokraten auf dem Höhepunkt stand. Noch einmal, zu Beginn der nächsten Legislaturperiode 1901 wiederholten sie die zu historischer Berühmtheit gelangte Erklärung. In den folgenden Legislaturperioden konnten sie sich nicht mehr dazu entschließen. Der letzte gemeinsame Kongreß aller sozialdemokratischen Parteien in Oesterreich tagte 1905. Dann wurde der Zwiespalt immer größer, zunächst auf gewerkschaftlichem Gebiet, aber nach dem großen Wahlsieg von 1907 — es war zum ersten Mal nach gleichem Wahlrecht gewählt worden — auch in der parlamentarischen Aktion.

Der Kernpunkt des Streites läßt sich am einfachsten in der Gewerkschaftsfrage aufzeigen. Die Tschechen verlangten neben der Gewerkschaftszentrale in Wien eine eigene in Prag. Der Internationale Sozialisten- und Gewerkschaftskongreß in Kopenhagen 1910 entschied gegen sie, in jedem Staate sollte es nur eine Gewerkschaftszentrale geben. Jene Forderung der Separatisten, die damals als unverständlicher Widerstand gegen die Erfordernisse gewerkschaftlicher Arbeit und internationaler Solidarität erschien, rückt heute im Lichte der historischen Entwicklung in andere Beleuchtung. Der Grundsatz des gewerkschaftlichen Zentralismus ist heute ebenso richtig, wie er damals war, und nachdem sich die Situation so gewaltig geändert hat, bekennen auch die Tschechen selbst sich zu der Richtigkeit dieses Grundsatzes. Aber heute sehen wir, daß damals die tschechischen Separatisten von anderen Voraussetzungen ausgingen als die Zentralisten aller Nationen in Oesterreich und der Kopenhagener Kongreß. Die Voraussetzung wurde nicht ausgesprochen. Nicht nur weil auf ihr die Strafe für Hochverrat stand, sondern weil sie wirklich noch nicht bewußt war. Aber heute ist klar, die tschechischen Separatisten hatten schon damals die Idee des eigenen tschechischen Staates im Unterbewußtsein, sie wurden von ihr geleitet, ohne es sich selbst einzugestehen. Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen, verliert die damalige Forderung der Separatisten ihre Spitze gegen den Gedanken des Zentralismus. Da sie aber damals mit anderen Argumenten begründet wurde, kam es zu jenen uferlosen und immer heftiger werdenden Auseinandersetzungen, an denen nicht nur die gewerkschaftliche, sondern auch die politische Bewegung im alten Oesterreich auf das schwerste gelitten hat.

Der Krieg kam und damit nicht nur der Ausbruch des Hasses gegen Habsburg in den Massen des tschechischen Volkes, sondern auch das Bewußtsein der Möglichkeit der Verwirklichung des eigenen Staates zunächst in den Köpfen einzelner intellektueller Führer. Für jene tschechischen Sozialdemokraten, die in Verbindung mit Masaryk und Benesch an der Konspiration beteiligt waren, mit Hilfe der Entente durch die Zerstörung der Habsburger Monarchie die Voraussetzung für den tschechischen Staat zu schaffen, ist jene mit größten persönlichen Gefahren verbundene Zeit zum bestimmenden Erlebnis ihrer Politik in der Zukunft geworden. Aber nicht nur jene, die an der Verwirklichung des tschechischen Staates direkt mitgewirkt, sondern große Massen der tschechischen Arbeiterschaft waren in den Tagen des Umsturzes erfüllt von dem Gedanken, daß der neue Staat nicht nur das Ende des Krieges, die Beseitigung des Habsburgischen Absolutismus und der deutschen Fremdherrschaft, die ihnen in der Person des deutschen Fabrikanten gegenübertrat, sei, sondern daß dieser neue Staat auch sozial die Erfüllung ihrer proletarischen Forderungen bringen werde. So machte die tschechische Sozialdemokratie die Sache der tschechoslowakischen Republik zu ihrer eigenen, setzte alle Kraft ein zu ihrer Verteidigung gegen alle Gefahren der Konterrevolution, die vor allem als Habsburgische Restauration drohte. Die Gemeinschaft der tschechischen Parteien aller Klassen in der Regierung erschien als die notwendige Voraussetzung dieser politischen Aufgabe. Daneben gelang es, erhebliche sozialpolitische Fortschritte zu erzielen, aber die eigentliche sozialistische Klassenpolitik trat durch diese Konstellation dieser Periode in den Hintergrund. Diese eigenartige Lage war es, aus der die Kommunisten in der Tschechoslowakei die Möglichkeit zogen, eine stärkere Partei zu organisieren, als in irgend einem anderen Lande Europas.

Unter vollständig anderen Voraussetzungen entwickelte sich die deutsche Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei. Sie war durch Jahrzehnte der wichtigste und bestorganisierte Teil der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich. Als der Umsturz am Kriegsende kam, blieb sie weiter ein Glied der deutschösterreichischen Sozialdemokratie, gehörten ihre Abgeordneten der provisorischen Nationalversammlung Deutsch-Oesterreichs an, betrachtete sie in dem Chaos, daß die Zersprengung der österreichischen Monarchie mit sich brachte, ebenso wie die deutsch-bürgerlichen Parteien die deutschen Teile Böhmens, Mährens und Schlesiens als einen Teil der deutsch-österreichischen Republik, die sich ihrerseits vom ersten Tage ihrer Existenz an als einen „Bestandteil der deutschen Republik“ bezeichnete. Die Hoffnung auf den sofortigen Abschluß an Deutschland war in jener Zeit in Deutschböhmen noch weit lebendiger als in allen anderen Teilen des deutschen Sprachgebietes der alten Monarchie. Monate vergingen und immer klarer wurde, daß an Stelle der Wilsonschen Parolen des Selbstbestimmungsrechtes die alte Machtgeometrie der Staatenabgrenzung in den Friedensverträgen Ausdruck finden werde. Auch nicht der kleinste Fleck rein deutschen Gebietes wurde von den Ländern der „Böhmischen Krone“ getrennt, der tschechische Staat wurde als ein Nationalitätenstaat aufgerichtet. Für die Deutschen in der Tschechoslowakei waren die Friedensverträge das Schanddokument, das sie um ihr Selbstbestimmungsrecht betrog, für die Tschechen waren sie die Geburtsurkunde und die Sicherung ihres neuen Staates.

Mit der Ratifizierung des Friedensvertrages waren alle Hoffnungen der Sudetendeutschen begraben. Sie zogen mit schwerem Herzen die Konsequenzen. Sie verzichteten in aller Form auf den Gedanken der Zugehörigkeit zur deutsch-österreichischen Nationalversammlung. Die Sozialdemokraten jener Gebiete hörten auf, ein Teil der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie zu sein und konstituierten sich Ende August 1919 als eigene Partei in der Tschechoslowakei. Sie hatten ihre eigenen deutschen Gewerkschaften aus jener Zeit, als sich die Tschechen von der Wiener Zentrale losgerissen hatten, sie waren organisatorisch in jeder Beziehung ein selbständiges Gebilde. Auch politisch waren sie sofort in den heftigsten Gegensatz zu der tschechischen Regierung gedrängt, die mit starker Faust den Tschechisierungsprozeß in den anderssprachigen Gebieten in die Wege zu leiten versuchte. Die deutschen Sozialdemokraten standen in der entschiedensten Opposition zu jener Regierung, an der die tschechischen Sozialdemokraten im Interesse der Republik teilnehmen.

Die Entwicklung hatte sich ganz anders vollzogen, als die deutschen Sozialdemokraten es beim Zusammenbruch der Habsburger Monarchie gehofft haben. Nun reifte in ihnen rasch die Erkenntnis, daß sie mit den auf lange Zeit hinaus gegebenen Tatsachen zu rechnen haben, daß heißt ihre proletarische Politik auf dem Boden des gegebenen Staates, auf dem Boden der Tschechoslowakischen Republik einzurichten haben. Sie zogen mit demselben Mut die Konsequenzen, wie die tschechischen Sozialdemokraten bei ihrem Einzug in das österreichische Parlament im Jahre 1897.

Die Arbeiter aller Nationen in der Tschechoslowakei zu internationaler Klassenpolitik zusammenzufassen, wurde zu ihrer programmatischen Forderung. In derem Sinn gelang zunächst die Zusammenfassung der Gewerkschaften auf zentralistischer Basis. Aber noch stand die Bereitschaft der tschechischen Sozialdemokraten, in eine rein tschechische Koalition mit den bürgerlichen Parteien einzutreten, der politischen Verständigung im Wege. Die Vereinigung der bürgerlichen Klassen in einer Regierung, in der tschechische und deutsche Minister sitzen, hat den letzten Schleier über dem Klassengegensatz, der jede bürgerliche Republik spaltet, beseitigt. Der Gesamtkongreß der Sozialdemokraten aller Nationen in der Tschechoslowakei war der Ausdruck dafür, daß das Klasseninteresse der Arbeiter allen, ohne Unterschied der Nation, zum Bewußtsein gekommen.

Das heutige Oesterreich hat den Namen, die Tschechoslowakei die Probleme der alten Monarchie geerbt. Diese Probleme fanden seinerzeit ihre kurze Formulierung in dem Satz, der durch Jahrzehnte immer wieder von den österreichischen Sozialdemokraten wiederholt wurde: „Oesterreich wird ein demokratischer Nationalitätenbundesstaat sein oder es wird nicht sein.“ Die demokratische Republik Masaryks ist natürlich etwas ganz anderes als die absolutistische Monarchie Franz-Josefs. Aber dennoch wird niemand, der die Schwierigkeiten eines Nationalitätenstaates kennt, seine bloß relative Existenzfähigkeit bestreiten. Alles hängt davon ab, wie sich die Entwicklung innerhalb der tschechoslowakischen Republik vollziehen wird. Geht sie in die Richtung nach einem Zustand, wie sie die Schweiz darstellt, wo die wirtschaftliche und staatliche Kohäsion stärker ist als die nationalen Zentrifugalkräfte, oder werden die Reaktionäre, in der Tschechoslowakei die Oberhand gewinnen, deren Ideal es ist, die altösterreichischen Laster unter tschechischer Firma wieder herzustellen? Siegt die Reaktion, dann ist das Schicksal der Tschechoslowakei nicht das der Schweiz, sondern das des Habsburgerreiches.

Der Frieden von St. Germain ist nicht das letzte Wort der Weltgeschichte. Niemand kann wissen, welche Folgen die großen sozialen Umwälzungen, die noch kommen werden, für die Landkarte Europas haben werden. Aber für absehbare Zeit kann die sozialdemokratische Politik in der Tschechoslowakei nicht anders sein, als sie der Prager Gesamtkongreß festgelegt hat: Internationale, klassenbewußte Arbeiterpolitik auf dem jetzt gegebenen Boden der Tschechoslowakischen Republik.

Daß sich die Sozialdemokraten aller Nationen der Tschechoslowakei auf dem Gesamtkongreß vereinigt haben, ist nicht nur ein bedeutungsvoller Fortschritt für die Kampfmöglichkeiten der Arbeiterklasse in diesem Lande, sondern eine Kräftigung der gesamten Sozialdemokratischen Arbeiterinternationale. Als vor fünf Jahren in Hamburg ihr Gründungskongreß stattfand, waren die Gegensätze in der Tschechoslowakei eines der schwersten Hindernisse der Herstellung der gemeinsamen Organisation. Nicht böser Wille, nicht Parteifanatismus war es, der die tschechischen und deutschen Sozialdemokraten in Gegensatz brachte, sondern die Verschiedenheit der Probleme, vor die sie durch den Zerfall Oesterreichs und die Bildung der Nachfolgestaaten gestellt wurden. Nun wo die tschechoslowakische Republik in eine Periode relativer Stabilität eingetreten ist, gewinnt das gemeinsame proletarische Klasseninteresse wieder jene Macht über alle Arbeiter ohne Unterschied der Nation, die notwendig ist zum siegreichen Vormarsch auf dem Wege zum Sozialismus.

Macdonald über das Wahljahr

Linkssieg bedeutet Frieden und höheres Lebensniveau.

London. Der Führer der britischen Arbeiterpartei, J. Ramsey Macdonald, hat im „Daily Herald“ einen

„Ein Jahr des Versprechens und der Wahlen“

betitelten Artikel veröffentlicht, in dem er die Perspektiven entwickelt, die sich aus dem Zusammentreffen von Wahlen in Frankreich, Deutschland, Belgien, den Präsidentenwahlen in Amerika sowie den auf diese Wahlen folgenden englischen Neuwahlen für die politische Zukunft Europas und der Welt ergeben.

Macdonald weist zunächst rückblickend darauf hin, daß in den europäischen Ländern augenblicklich noch parlamentarische Mehrheiten regieren, die gewählt wurden, ehe sich die günstigen Auswirkungen der Londoner Konferenz fühlbar gemacht hätten und ehe durch die Fruchtlosigkeit der verschiedenen Abrüstungsverhandlungen klar geworden sei, daß die europäische Politik neue Ideale und neuen Mut der Regierenden benötige. „Wir haben uns,“ fährt Macdonald fort, „in Genf mit den Fragen beschäftigt, wie sie Tag für Tag aufgetaucht sind, und es ist uns gelungen, sie etwa in der Art Bismarcks zu ordnen . . . Wir haben verhindert, daß sich die Feuer ausbreiteten, aber wir haben keine neue Mentalität geschaffen, und die jüngste Aeußerung zur Abrüstungsfrage gehört der Vorkriegsdiplomatie an.“ Gewiß, es sei viel von Schiedsgerichtsbarkeit gesprochen worden, die eine Verzögerung beim Ausbruch von Streitigkeiten versprächen. Aber alles das sei von keiner praktischen Bedeutung, falls wir uns nicht gegen die Möglichkeit eines

Wiederauflebens des Kriegsgeistes

zu schützen vermöchten. Die gegenwärtigen Maßnahmen erlaubten gerissenen Männern, sie zu umgehen; ihre grundsätzliche Schwäche bestände darin, daß sie auf einen Glauben an den Militarismus als der Grundlage nationaler Sicherheit gegründet wären. Es seien Abkommen, wie sie zwischen den Staaten getroffen werden könnten, ohne ernstlich irgend etwas zu ändern. Sie bewiesen nichts als das offen zutage Liegende, daß im gegenwärtigen Augenblick kein europäischer Staat gegen einen anderen Krieg führen könne. Wenn sich die Verhältnisse und Budgets stabilisiert haben würden, wenn eine Generation das Ruder der Staaten in Händen haben sollte, der sich der jüngste Krieg im Lichte von Kriegsfilmen und nationalistischer Propaganda darstellt, so würden diese auf dem Papier stehenden Erklärungen Papier und nichts als Papier sein. „Falls aber nach Abschluß dieser wichtigen Neuwahlen Europa von radikaleren und demokratischeren Gedanken, von Köpfen regiert werden sollte, die den gesunden Ideen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens der Nationen näher stehen, falls eine jüngere Generation an Stelle der alten treten könnte, so dürfen wir die Hoffnung hegen, der internationalen Zusammenarbeit näherzukommen und die zögernde Furcht der Vergangenheit zu begraben.“

Macdonald fährt dann wörtlich fort: „Jedem aufmerksamen Beobachter der Stimmungen und Ereignisse ist es offenkundig, daß für den Fall der Stärkung der radikalen Demokratie bei den kommenden Wahlen Europas die

Schranken des Mißtrauens fallen

und eine Kraftreserve guten Willens für die Ordnung der außenpolitischen Probleme frei würde. Nicht minder günstig würde eine Stärkung des Einflusses der politischen Linken auf das internationale Lebensniveau der Arbeiterklasse zurückwirken. Es wird mehr und mehr deutlich, daß es für eine einzelne Nation unmöglich ist, allein ein höheres Lebensniveau zu erreichen. Wir müssen hierin zusammenarbeiten, und es muß für uns Gegenstand der Beschämung sein, daß es unsere englische Regierung ist, die sich hinsichtlich der internationalen Arbeitsgesetzgebung als ernstester Hemmschuh erweist. Wir stehen vor der Welt

als Schützer der Schwitzarbeit

und Verfechter eines Systems, das in seinen Wirkungen ebenso verhängnisvoll ist, wie in sich selbst unklug.“

Interessantes aus aller Welt

Affentheater auf hoher See.

Die Matrosen des aus Westafrika in Plymouth eingelaufenen Dampfers „Avpam“ wußten eine ungewöhnliche Geschichte von einer auf hoher See abgehaltenen Affenjagd zu erzählen. An Bord des Dampfers befanden sich vierzig junge Affen, die für England bestimmt waren, um als Versuchstiere für die Erforschung des gelben Fiebers Verwendung zu finden. Sie waren in drei festen Verschlägen untergebracht. Unterwegs gelang es aber einem Affen, aus dem Käfig zu entkommen und damit seinen Genossen den Weg in die Freiheit zu öffnen. Die Tiere kletterten an den Masten empor, und einige versuchten sich im Funkraum zu verstecken. Matrosen und Passagiere machten eifrig Jagd auf die Tiere, aber es dauerte eine ganze Woche, bis die Affen wieder hinter Schloß und Riegel saßen. Zum allgemeinen Erstaunen stellte sich bei der Zählung der Ausreißer heraus, daß statt der vierzig verbuchten Affen jetzt vierundvierzig vorhanden waren. Da man nicht annehmen kann, daß die Affenfamilie in der achttägigen Freiheit Zuwachs erhalten hat, so bleibt nur die Vermutung übrig, daß beim Verladen nicht sehr genau gezählt worden ist.

*

Hochstapler im Priestergewande.

Schon seit längerer Zeit traten in vielen Ortschaften Polens verdächtige Personen auf die Geld zum Bau von Kirchen und für verschiedene soziale Zwecke sammelten. Sie operierten in geistlichen Gewändern, stellten sich als Priester vor, und da sie mit Siegeln und Unterschriften versehene Ausweise besaßen, brachte man ihnen Vertrauen entgegen. Im Kurort Krynica hielt ein gewisser Kon, der seine Hochstapeleien im Priestergewande ausführte, um seinen Angaben Nachdruck zu verleihen, Gottesdienste ab und nahm Taufen und Eheschließungen vor. Seine Verhaftung machte seinem Treiben ein Ende. In der vergangenen Woche veranstaltete die Warschauer Polizei auf eine Anzeige hin nachts gleichzeitig in drei Hotels Revisionen. Im Hotel Bristol wurde ein „Pfarrer Dr. de Rosset“ verhaftet, der dort schon seit einigen Tagen wohnte. Er besaß Ausweispapiere auf den Namen Boleslaw Majetka. In einem anderen Hotel wurde ein „Pfarrer“ Henryk Ursus Zarski festgenommen, und den dritten „Propst“, der unter dem Namen Adam Wilczynski gastierte, verhaftete man in einem kleinen Hotel in der Vorstadt Praga: Er nannte sich Prio Stonat. Alle drei bildeten eine organisierte Fälscher- und Betrüger-Bande. Sie standen untereinander im engen Kontakt, wohnten jedoch der größeren Sicherheit wegen und um keinen Verdacht zu erregen,

nie zusammen. Im Hotelzimmer des angeblichen Dr. de Rosset wurden zwei Revolver, drei goldene Uhren, 600 Zloty Bargeld, 10 Klischees, ein goldener Meßkelch, Kautschuk-Stempel verschiedener geistlicher Institute und Hunderte von gefälschten Dokumenten gefunden. Es stellte sich ferner heraus, daß de Rosset, dessen richtiger Name Boleslaw Matejuk ist, im vorigen Jahre mit gefälschten Dokumenten nach Italien gereist war, von wo er im Dezember zurückkehrte. Auf seiner Rückfahrt erhielt er von der polnischen Gesandtschaft in Wien eine Reisebeihilfe. Der angebliche Pfarrer Ursus Zarski ist ein ehemaliger österreichischer Gendarm, der zuletzt Polizeiwachtmeister in Augustowo und Lukowo war. Auch in Bromberg wollten die Herren arbeiten. Noch hängen an den Litfaßsäulen Plakate in polnischer Sprache, die zu einem Vortrag des Dr. de Rosset in ein Lokal einladen. Der Schwindler gab sich als Missionar aus und erklärte, daß der Reingewinn seines Vortrages für ein Waisenhaus in Lodz bestimmt sei. In Bromberg konnte der Missionar jedoch seine „Mission“ nicht mehr erledigen, da ihn die Polizei daran hinderte.

*

Die Frisur der Königin.

Unter dieser Ueberschrift erzählt die Pariser Wochenschrift „L'Europe Nouvelle“ in ihrer Rubrik der diplomatischen Indiskretionen die nachstehende Anekdote:

Die Königin von Afghanistan, die niemals nach Europa gekommen war, hat in Paris bei ihrem ersten Auftreten einen Erfolg gehabt, um den sie manche andere Majestät beneiden könnte. Alle Pariser, die den Vorzug hatten, ihr nahe zu kommen bewunderten nicht nur den reizenden Gegensatz zwischen ihrer orientalischen Schönheit und dem Schick, mit dem sie ihre europäische Kleidung trug, sondern auch die Anmut und Unbefangenheit, mit der sie sich in einer vollständig fremden Umgebung bewegte.

An dem Tage des großen Diners beim Präsidenten der Republik erkundigte sich die Königin nach einem tüchtigen Friseur. Man empfahl ihr einen Haarkünstler, zu dessen Kundschaft Frau Philippe Berthelot, die Gräfin von Fels, kurz die elegantesten Frauen unserer diplomatischen Salons gehören. Der Künstler ließ alle Damen, die ihn am nämlichen Tag erwarteten, im Stich, um sich zur Königin zu begeben, die ihn in einem Neglige empfing, über das bis zu den Knien die Wellen eines wunderbaren schwarzen Haarmantels herabfielen. Die Königin ist des Französischen noch nicht besonders mächtig. Sie drückte sich jedoch sehr nachdrücklich aus mit den Worten: „Schneiden Sie diese Haare!“ Der Figaro unserer diplomatischen Gesellschaft ist selbst ein wenig Diplomat. Im Augenblick schätzte er die Gefährlichkeit der Situation ein und erwog ihre Folgen. Mit Respekt, aber sehr entschieden lehnte er das Opfer des königlichen Haares ab. „Das wäre“, so sagte er, „schlimmer als ein Fehler, es wäre eine Sünde und übrigens ganz unnütz“. Man könne die Sache einfacher in Ordnung bringen, und die Königin selbst deutete mit einer anmutigen Handbewegung die Möglichkeit eines imposanten Haarknotens an. Der Haarkünstler schüttelte den Kopf und bat, ihn machen zu lassen. Er vollbrachte ein Meisterwerk. Der verschwenderische Haarwuchs der Königin wurde von ihm so gründlich geschichtet, gepreßt und geordnet, daß er schließlich aussah wie ein Bubikopf des neuesten Schnitts. Auf diese Weise entsteht eine neue Mode, und manche elegante Frau kann in diesem Winter ihr schmales Köpfchen mit der Versicherung zeigen: „Sie müssen wissen, daß ich sie wieder wachsen lasse, sie reichen mir schon bis an die Knie“.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 **Breslau Welle 322,6.**

Allgemeine Tageseinteilung:

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Montag, den 20. Februar. 16,30—17,00: Magische Tricks. — 17,00—18,00: Filmmusik. — 18,00: Abt. Literatur. — 18,30: Abt. Zahnheilkunde. — 19,00: Dritter Wetterbericht, anschließend Funkwerbung — 19,00—19,30: Abt. Wirtschaftsgeschichte. — 19,45 bis 20,10: Blick in die Zeit. — 20,10—21,00: Der Dichter als Stimme der Zeit. — 21,00—21,30: Waldhorn-Konzert. — 21,30: Spiele aus der Zeit. Anschließend: Das Breslauer Sechstage-Rennen im Rundfunk. Die Abendwertungen.

Dienstag, den 21. Februar. 15,45—16,15: Kinderstunde. — 16,15—17,45: Fasching. — 17,45—18,15: Hans Bredow-Schule: Abt. Sprachkunde. — 18,15—18,30: Abt. Musik. — 18,30: Uebertragung von der Deutschen Welle Berlin: Hans Bredow-Schule. Abt. Sprachkurse. — 18,55: Dritter Wetterbericht, anschließend Funkwerbung. — 19,00—19,30: Zeitgemäße Wirtschaftsfragen. — 19,30 bis 20,10: Stunde der Technik. — 20,20: Weltstadt. — 21,10: Faschings-Märchen. Anschließend: Vierter Wetterbericht.. — 22,10: Das Breslauer Sechstage-Rennen im Rundfunk. — 22,10: Sechstage-Humor. — 22,30: Die Abendwertungen. Anschließend: Die Abendberichte und Mitteilungen des Verbandes der Funkfreunde Schlesiens e. V.

Kattowitz — Welle 422

Montag. 16.20: Berichte. — 16.40: Vortrag. — 17.20: Polnischer Unterricht. — 17,45: Uebertragung aus Warschau. 18.15: Tanzmusik. — 19.35 Vortrag. — 20.30: Abendkonzert. — 22.00: Tägliche Nachrichten.

Dienstag. 16.40: Vortrag. — 17.20: Geschichtsstunde. — 17.45: Kammermusik. — 18.55: Berichte. — 19,30: Opernübertragung. — 22.30: Tanzmusik.

Warschau — Welle 1111,1

Dienstag. 16.00: Vorträge. — 17,45: Nachmittagskonzert. 19.05: Uebertragung aus Krakau (Verschiedene Berichte). — 19,30: Uebertragung aus dem Kattowitzer Theater. — 22,00: Tägliche Berichte. — 22.30: Tanzmusik.

Wien — Welle 517,2 und 577.

Dienstag. 11.00: Vormittagsmusik. — 16.15: Nachmittagskonzert. — 17.45: Die Wiener Messe. — 18,00: Quer durch Oesterreich. — 18.30: Stunde der Kammern für Arbeiter und Angestellte. — 19.00: Französischer Sprachkurs V. — 19.30: Englischer Sprachkurs V. — 20.05: Konzert der Wiener Philharmoniker.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse“ Sp. z ogr odp., Katowice; Druck: „Vita“, nakład drukarski, Sp z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Katowice. Dienstag, den 21. Februar, um 7½ Uhr, im Zentralhotel, Vortrag des Studienrats Birkner über: „Was bedeutet das Volkslied für die musikalische Volkserziehung?“ mit Lautenbegleitung.

Kattowitz. Gem. Chor „Freie Sänger“. Dienstag, den 21. Februar, abends 9 Uhr Vorstandssitzung des alten und neuen Vorstandes.

Zalenze. Dienstag, den 21. Februar, Märchenabend im Saale des Herrn Golczyk, Zalenze. Es wird pro Kind 10 Groschen erhoben.

Königshütte. Mittwoch, den 22. Februar, abends 7½ Uhr, Vortrag im Büfettzimmer. Referent Dr. Bloch.

Friedenshütte. Donnerstag, den 23. Febr., Vortragsabend. Genosse Buchwald spricht über Arbeitersport und Gewerkschaft.

Versammlungskalender

Kattowitz. Arbeiterwohlfahrt. Mittwoch, den 22. Februar, nachmittags 5 Uhr, in Katowice, im Zentralhotel, Mitgliederversammlung der Frauengruppe „Arbeiterwohlfahrt“.

Siemianowice. Dienstag, den 21. Februar, abends 7 Uhr, bei Kozdon, Teichstraße, Generalversammlung der Frauengruppe „Arbeiterwohlfahrt“. Referentin: Genossin Kowoll.

Königshütte. Achtung, freie Gewerkschaften. Die Gewerkschaften werden aufgefordert, bis spätestens 22. Februar die Delegierten zum Ortsausschuß sowie den Stand der Organisation dem Ortsausschuß einzureichen, da am 26. Februar die Generalversammlung des Ortsausschusses stattfindet.

Nikolai. Jugendgruppe. Sonnabend, den 25. Februar, abends 7 Uhr, findet ein Unterhaltungsabend der Sozialistischen Jugendgruppe im Vereinslokal Ciossek statt.

Vermischte Nachrichten

Auswanderung nach Amerika.

Im letzten Jahresbericht des amerikanischen Generalkommissars für Einwanderung findet sich eine Tabelle, welche die amerikanische Einwanderung von 1820 bis 1926 recht übersichtlich veranschaulicht. Aus Deutschland wanderten in diesem Zeitraum nach den Vereinigten Staaten aus: 1820—1830 7729, 1831—1840 152 454, 1841—1850 434 626, 1851—1860 951 667, 1861—1870 787 468, 1871—1880 718 182, 1881—1890 1 452 970, 1891—1900 505 152, 1901—1910 341 498, 1911—1920 143 945, 1921—1926 244 591, insgesamt 5 740 282 Personen. Am stärksten war die deutsche Auswanderung also nach der Revolution von 1848 und in den achtziger Jahren infolge des wirtschaftlichen Umschwungs. Bemerkenswert ist, daß auch in den letzten Jahren (von 1921 bis 1926) trotz der strengen amerikanischen Einwanderungsgesetze noch fast eine Viertelmillion Reichsdeutsche nach Amerika übergesiedelt sind. Zu berücksichtigen ist bei den Zahlen, daß sie die Auswanderer deutscher Sprache und deutschen Stammes aus anderen europäischen Ländern nicht enthalten, obgleich deren Ziffern sehr erheblich sind. So wanderten aus der Schweiz von 1820 bis 1926 282 244 Menschen in die Vereinigten Staaten aus, und aus Oesterreich-Ungarn 4 123 078. Im ganzen haben die Vereinigten Staaten in den 107 Jahren 36 598 204 Einwanderer aufgenommen, davon 31 643 429 aus Europa.











